

„So schnell wie möglich...“?

**Die innenpolitischen Weichenstellungen der DDR-
Regierung de Maizière auf ihrem Weg zur Deutschen
Einheit**

Wissenschaftliche Abschlussarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung
für das Lehramt an Gymnasien

Vorgelegt von

Marcel Lütjohann

Rostock, den 12. Juli 2021

Themensteller/ Erstgutachter: Prof. Dr. phil. habil. Stefan Creuzberger

Zweitgutachter: Dr. phil. Fred Mrotzek

Historisches Institut – Philosophische Fakultät – Universität Rostock



Dieses Werk ist lizenziert unter einer
Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell -
Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung, Fragestellung und Forschungsstand.....	3
2 „So schnell wie möglich“ – Kurs auf deutsche Einheit.....	10
2.1 Regierung und Volkskammer – Ein demokratischer Neuanfang.....	10
2.2 Von sozialistischen Altlasten und innenpolitischen Reformen.....	20
3 „Rahmenbedingungen so gut wie nötig“ – Deutsch-deutsche Verträge und Abwicklung der DDR.....	33
3.1 Zwischen Erstem Staatsvertrag und Wirtschaftskrise.....	33
3.2 Vom Einigungsvertrag zum inneren Niedergang.....	43
4 Schlussbetrachtung.....	56
5 Quellen- und Literaturverzeichnis.....	61
5.1 Quellenverzeichnis.....	61
5.2 Literaturverzeichnis.....	67
6 Anhang.....	70

1 Einleitung, Fragestellung und Forschungsstand

Während der frisch gewählte Ministerpräsident Lothar de Maizière am 19. April 1990, und damit nur wenige Monate nach dem Mauerfall, zum Podium der aus freien Wahlen hervorgegangenen Volkskammer schritt, um das Programm der ersten und letzten demokratisch gewählten Regierung der DDR zu präsentieren, stiegen in ihm die Bilder seines polnischen Amtskollegen Tadeusz Mazowiecki auf. Dieser war ein Jahr zuvor bei seiner Regierungserklärung vor dem Sejm umgekippt, weil ihm vor lauter Aufregung schlecht geworden war. Der neue Ost-Berliner Regierungschef sah an sich herunter und bemerkte, dass seine Hosenbeine ebenfalls schlotterten und dachte sich, dass ihm nicht das gleiche passieren dürfe. Doch das Gegenteil war der Fall.¹ Souverän erläuterte der gelernte Rechtsanwalt die Ziele des Kabinetts und stellte in den Mittelpunkt seiner Ausführungen dessen wohl wichtigstes Projekt: die Verwirklichung der Deutschen Einheit. Diese große Aufgabe fasste de Maizière wie folgt zusammen: „Der Wählerauftrag, dem die Regierung verpflichtet ist, fordert die Herstellung der Einheit Deutschlands in einem ungeteilten, friedlichen Europa. Diese Forderung enthält Bedingungen hinsichtlich Tempo und Qualität. Die Einheit muß so schnell wie möglich kommen, aber ihre Rahmenbedingungen müssen so gut, so vernünftig und so zukunftsfähig wie nötig sein.“²

Eine Regierung, die sich und ihr Land selbst abschaffte – ein bis heute wohl einmaliges Ereignis in der Geschichte. Die Rede ist von dem am 12. April 1990 vor der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR vereidigtem Kabinett, welches genau das tat. Sein gesamtes Handeln war dabei von einem übergeordneten Ziel bestimmt: Den Staat und die Gesellschaft zu reformieren, um so schnell wie möglich die deutsche Einheit herbeizuführen. Mit den Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 stellte die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik die Weichen in Richtung Vereinigung mit der Bundesrepublik. Die einst populären Bürgerbewegungen, die den Sturz des Systems, den Mauerfall und damit die friedliche Revolution von 1989 erst möglich gemacht hatten, waren nun kaum mehr am politischen Gestaltungsprozess beteiligt. Der zentrale Auftrag der neuen DDR-Regierung lautete fortan: innen- und

¹ Vgl. Stuhler, Ed: Die letzten Monate der DDR. Die Regierung de Maizière und ihr Weg zur deutschen Einheit. Berlin 2010, S. 11.

² Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik. In: Protokolle der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. 10. Wahlperiode (5. April bis 2. Oktober 1990). Bd. 1. Protokoll der 1. Sitzung bis 9. Sitzung. Berlin 2000, S. 41-51, S. 44.

außenpolitische Vorbereitung der deutschen Einheit und Abwicklung der DDR. Neben den zahlreichen inneren Problemen, mit denen sich das Kabinett unter Lothar de Maizière schon allein viele Jahre hätte beschäftigen müssen, um ihnen Herr zu werden, kamen auch noch die außenpolitischen Verhandlungen über die Bedingungen der Vereinigung Deutschlands mit der Bundesrepublik und den vier Siegermächten dazu. Doch wenn über die deutsche Wiedervereinigung gesprochen wird, fallen zumeist die Namen Helmut Kohl und Michail Gorbatschow, aber nicht Lothar de Maizière, Günter Krause oder die der weiteren Mitglieder der Regierung aus Ost-Berlin. Dabei war die Arbeitsleistung der einzelnen Minister und Staatssekretäre aufgrund der riesigen Probleme enorm. Bis zum 3. Oktober 1990 hatte die letzte DDR-Regierung innerhalb von 173 Tagen 759 Kabinettsvorlagen verhandelt, 143 Verordnungen unterzeichnet, drei Staatsverträge geschlossen und sich schließlich selbst abgeschafft. Darunter fielen wichtige Entscheidungen wie die Verabschiedung einer Kommunalverfassung oder des Ländereinführungsgesetzes. Doch ging es dabei anknüpfend an die Regierungserklärung de Maizières tatsächlich nur um das „so schnell wie möglich“? Oder gehörte das „so gut wie nötig“, wie er auch betonte, stets als untrennbare Einheit dazu? Und unter welchem innenpolitischen Druck standen die neuen Minister dabei? Denn all dies geschah unter den Bedingungen des unaufhaltsamen Niederganges des einstigen Arbeiter- und Bauernstaates.

In der aktuellen Forschung ist die letzte DDR-Regierung bisher nur vereinzelt und am Rande vorgekommen. Lediglich der Band von Ed Stuhler stellt die umfangreiche Arbeit des Kabinetts dar und zeigt auf, vor welchen enormen Problemen es stand, aber auch welche Erfolge die Beteiligten erzielten.³ All dies wird allerdings ohne den historisch kritischen Blick und damit zum Teil aus der subjektiven Sicht der damaligen Minister selbst erzählt. Einen Überblick über den gesamten Umbruch der Jahre 1989/90, der auch die Regierung de Maizière in den Blick nimmt, bietet das Werk von Ehrhart Neubert. Obwohl Neubert in dieser Zeit des Umbruchs selbst politisch aktiv war, gelang ihm eine durchaus kritische Darstellung der Ereignisse.⁴ Wichtige Forschungsliteratur zum Thema Deutsche Einheit bilden die Bände zwei und drei der Reihe „Geschichte der Deutschen Einheit“ von Dieter Grosser und Wolfgang Jäger, in denen der Blick auf die Wirtschafts- und Innenpolitik der Vereinigung zwischen

³ Stuhler, Ed: Die letzten Monate der DDR. Die Regierung de Maizière und ihr Weg zur deutschen Einheit. Berlin 2010.

⁴ Neubert, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90. München 2008.

Bundesrepublik und DDR gerichtet wird.⁵ Gerhard A. Ritter wendete den Blick in seiner Darstellung ebenfalls auf die inneren Herausforderungen der DDR-Regierung und ihre Verhandlungen mit der Bundesrepublik und analysiert in diesem Rahmen vor allem die wirtschafts- und sozialpolitischen Ergebnisse und Auswirkungen.⁶ Der Band von Ilko-Sascha Kowalcuk ist eines der neuesten Werke zu dieser jüngeren Geschichte.⁷ Hierin zeigt er auf, wie stark sich das Gebiet der ehemaligen DDR nach den Geschehnissen von 1990 in Bezug auf die politischen, ökonomischen oder gesellschaftlichen Aspekte transformiert hat und beschreibt, welche radikalen Auswirkungen das auf die Menschen und ihren Alltag inklusive der enormen sozialen Folgen hatte. Somit nimmt der Historiker weniger die regierenden Akteure in den Blick. Der Band von Andreas Rödder liefert eine erste wissenschaftliche Gesamtdarstellung des Prozesses der Wiedervereinigung 1989/90 und beruht auf den bis dahin verfügbaren Quellen.⁸ Weiterhin ist das Werk von Hanns Jürgen Küsters zu nennen, das als Einführung zu seinem Band Deutsche Einheit, Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, entstanden ist und eine Auswertung der darin enthaltenen Quellen darstellt.⁹ Eine internationale Perspektive auf den Prozess der Wiedervereinigung bietet die Darstellung von Alexander von Plato, die auf Grundlage der verfügbaren Quellen vor allem die außenpolitischen Akteure und die Rolle Moskaus in den Blick nimmt.¹⁰ Zu guter Letzt ist auf den Sammelband zu verweisen, der von Klaus-Dietmar Henke herausgegeben wurde.¹¹ Darin wird der Prozess der Friedlichen Revolution und der Einheit Deutschlands in vielen Einzelbeiträgen aus verschiedenen Perspektiven analysiert.

Die Quellenlage zur Geschichte der deutschen Einheit ist trotz des verhältnismäßig geringen zeitlichen Abstandes ausgesprochen gut. Das liegt nicht zuletzt daran, dass viele Archive bereits vor Ablauf der regulären Sperrfrist der Forschung zugänglich gemacht wurden. Die bisherigen Quelleneditionen blicken allerdings ausschließlich

⁵ Grosser, Dieter: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln. Stuttgart 1998.; Siehe auch: Jäger, Wolfgang: Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90. Stuttgart 1998.

⁶ Ritter, Gerhard A.: Wir sind das Volk! Wir sind ein Volk! Geschichte der deutschen Einigung. München 2009.

⁷ Kowalcuk, Ilko-Sascha: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde. München 2019.

⁸ Rödder, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung. München 2009.

⁹ Küsters, Hanns Jürgen: Das Ringen um die deutsche Einheit. Die Regierung Helmut Kohl im Brennpunkt der Entscheidungen 1989/90. Freiburg im Breisgau 2009.

¹⁰ Plato, Alexander von: Die Vereinigung Deutschlands. Ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle. Berlin 2002.

¹¹ Henke, Klaus-Dietmar (Hrsg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte. München 2009.

aus der bundesdeutschen und internationalen Perspektive auf den deutschen Einigungsprozess und nicht aus der in dieser Arbeit angedachten Sicht der DDR-Regierung. So wird es die herausfordernde Aufgabe sein, aus den Quellen die Sichtweise des Kabinetts de Maizière herauszuarbeiten. In den beiden Editionen von Ingo von Münch liegen vor allem die zwei innerdeutschen Staatsverträge, die wichtigsten Änderungen der DDR-Verfassung sowie die Gesetze mit den größten Auswirkungen auf die deutsche Einheit vor, die für diese Arbeit herangezogen werden sollen.¹² Tytus Jaskułowski brachte einen Quellenband heraus, in dem die Einschätzungen zur Lage in den Bezirken während der letzten Phase der DDR der Öffentlichkeit zu Verfügung gestellt werden.¹³ An diesen Berichten lassen sich nachvollziehen, wie die Bürger des Landes auf die Politik reagierten und welche inneren Probleme es Woche für Woche in den verschiedensten Bereichen der Republik gab. Neben diesen Editionen sollen außerdem zahlreiche digitalisierte aber nichtedierte Archivalien genutzt werden. Insbesondere sind hier die im Rahmen eines Projektes der Bundesstiftung Aufarbeitung zum dreißigsten Jubiläum der Wiedervereinigung zusammengetragenen und online zur Verfügung gestellten Quellen zu nennen.¹⁴ Sie bieten einen wichtigen Einblick in die Arbeit der einzelnen Ministerien der Ost-Berliner Regierung auf dem Weg zur Einheit. Darüber hinaus können für diese Analyse erstmals bisher ungedruckte Archivalien aus dem Privatarchiv von Staatssekretär a.D. Werner E. Ablaß verwendet werden. Diese sind für die Öffentlichkeit bis zum heutigen Tage nicht zugänglich und vom Staatssekretär a.D. Ablaß persönlich zur Verfügung gestellt worden.

Neben den zahlreichen Quellenbänden liegen zudem Memoiren und dokumentierte Erinnerungen von Zeitzeugeninterviews von und mit den damaligen Akteuren vor, von denen insbesondere die der Mitglieder der ehemaligen DDR-Regierung interessant sind. Als erstes ist hier der Band von Olaf Jacobs zu nennen, in dem er siebzehn der ehemaligen Mitglieder der Regierung de Maizière zu ihrer Zeit als Minister und Staatssekretäre interviewt und so einen Einblick in deren Arbeit gibt.¹⁵ Die

¹² Münch, Ingo von: Die Verträge zur Einheit Deutschlands. München 1990.; Siehe auch: Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Stuttgart 1991.

¹³ Jaskułowski, Tytus (Hrsg.): Nachrichten aus einem Land das doch existiert. Lageberichte aus den Bezirken für die letzte DDR-Regierung 1990. Berlin 2010.

¹⁴ Internetressourcen der Bundesstiftung Aufarbeitung. (<https://deutsche-einheit-1990.de/>. Zuletzt abgerufen: 21.06.2021).

¹⁵ Jacobs, Olaf (Hrsg.): Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch. Halle (Saale) 2018.

Befragten schildern darin ihre Erfahrungen und üben durchaus auch Selbstkritik an ihrem damaligen Handeln. Darüber hinaus sind die Memoiren des ehemaligen Ministerpräsidenten Lothar de Maizière für diese Arbeit wichtig, die seine persönlichen Erlebnisse im Zuge der Deutschen Einheit schildern.¹⁶ Weitere Schilderungen zu den Verhandlungen des Einigungsvertrages, eines der wichtigsten Voraussetzungen für die Einheit, liefern zusätzlich die Memoiren des bundesdeutschen Verhandlungsführers Wolfgang Schäuble.¹⁷

Zusammenfassend wird die Tendenz deutlich, dass die Forschung die letzte DDR-Regierung bis heute sehr stiefmütterlich behandelt. Sie wurde bisher noch nicht in den Mittelpunkt einer genaueren Untersuchung gerückt, sondern ist eher am Rande größerer Studien vorgekommen. Eine Ausnahme bildet lediglich der Band von Ed Stuhler. Des Weiteren bietet die Forschungsliteratur fast ausschließlich einen bundesdeutschen oder auch Moskauer Blick auf den Prozess der Vereinigung und lässt die Perspektive Ost-Berlins zumeist außen vor. Davon ausgenommen ist der bereits genannte Band von Andreas Rödder. Über das letzte Kabinett der DDR selbst gibt es so gut wie keine wissenschaftliche Untersuchung, in der sie im Fokus der Analyse steht. Auch die zahlreichen Quelleneditionen, die zur Geschichte der deutschen Einheit vorliegen, veranschaulichen vor allem die bundesdeutsche bzw. die internationale Perspektive und weniger diejenige Ost-Berlins. Die Regierung de Maizière bleibt bei der Betrachtung der Vereinigungsgeschichte des Jahres 1990 demnach oft unerwähnt. Aus diesem Grund erscheint es notwendig und wichtig, einen gesonderten Blick auf das letzte Kabinett des Landes unter Lothar de Maizière und dessen Innenpolitik bzw. dessen Beitrag zur Deutschen Einheit zu richten, was das Ziel dieser Staatsexamensarbeit darstellt. Dabei soll sich an nachstehender Forschungsfrage orientiert werden: Welche Rolle spielte die letzte DDR-Regierung unter Lothar de Maizière für die innenpolitische Entwicklung der DDR im Einheitsjahr 1990? Um diese Frage beantworten zu können, gilt es außerdem Folgendes herauszuarbeiten: Wer waren die zentralen Akteure der demokratischen Umgestaltung auf dem Weg zur Deutschen Einheit? Worin bestanden deren Ziele und Überzeugungen? Was waren die innenpolitischen Herausforderungen für das Kabinett de Maizière? Weshalb waren schnelle und radikale Maßnahmen nach dem Antritt der

¹⁶ Maizière, Lothar de: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit. 2. Auflage, Freiburg 2010./ Maizière, Lothar de: Anwalt der Einheit. Berlin 1996.

¹⁷ Schäuble, Wolfgang: Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte. Stuttgart 1991.

Regierung notwendig? Wie gelang es der DDR-Regierung im Zusammenspiel mit der Bundesrepublik die Einheit in Rekordzeit zu vollenden? Wo und wann fanden die wichtigen Weichenstellungen dafür statt? Wodurch wurde der Handlungsspielraum der Regierung eingeschränkt? Und zu guter Letzt: Inwiefern bewies sie in diesem Prozess ihre Eigenständigkeit und setzte ihre Interessen gegenüber der Bundesregierung durch?

Der Fokus dieser Arbeit soll dabei immer darauf gerichtet sein, was die Regierung de Maizière mit Blick auf die Vereinigung mit der Bundesrepublik zu bewältigen hatte. Demnach werden die vielen Herausforderungen im Inneren sowie in den deutsch-deutschen Verhandlungen in Vorbereitung auf die deutsche Einheit stets aus der Sicht des letzten DDR-Kabinetts dargestellt und beleuchtet. Der inhaltliche Rahmen der Analyse liegt also permanent auf der inneren Dimension bzw. der innenpolitischen Ebene und den Maßnahmen, die vom Kabinett de Maizière auf dem Weg gebracht wurden, um die Einheit zu erreichen. Denn nur durch einen solchen Zugang kann das Zustandekommen der Vereinigung mit der Bundesrepublik erklärt werden. Aus diesem Grund wird auch bewusst auf den Einbezug der Prozesse der Auflösung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit, der Gründung der Treuhandanstalt inklusive ihres Wirkens und dessen Folgen sowie der Außenpolitik der DDR im Jahr 1990 verzichtet. Zu allen drei Themen sind in den vergangenen Jahren bereits umfassende Bände erschienen. Außerdem handelt es sich hierbei um Betrachtungsweisen, die so umfangreich sind, dass sie Gegenstand einzelner Arbeiten sein könnten. Deshalb soll auch die internationale Ebene der Vereinigung Deutschlands und die Politik der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges keinen Platz in dieser Analyse finden. Auch dazu gibt es bereits zahlreiche Werke und Quelleneditionen. Neben dem inhaltlichen erstreckt sich der zeitliche Rahmen dieser Arbeit von der Wahl der ersten frei gewählten Volkskammer im März bis zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990. Allerdings führen die einzelnen Kapitel nicht immer nur streng chronologisch durch die Zeit, sondern es wird den inhaltlichen Schwerpunkten bzw. politischen Gewichtungen teilweise Vorrang vor der zeitlichen Abfolge gegeben. Trotz alledem lassen sich an der Grobstruktur der Analyse die historischen Abläufe nachvollziehen.

Im ersten großen Gliederungspunkt, beginnend mit dem Unterkapitel, dass unter dem Schlagwort des demokratischen Neuanfangs steht, wird der Amtsantritt und die

Arbeitsweise der letzten Regierung der DDR untersucht und der Frage nachgegangen, welche inhaltliche Ausrichtung sie verfolgte. Außerdem gilt es zu analysieren, inwiefern die politische Führung dahingehend neue verfassungsmäßige Strukturen etablierte. Daraufhin werden im zweiten Unterkapitel die innenpolitischen Herausforderungen des neuen Kabinetts von der maroden Infrastruktur bis hin zu den dringend erforderlichen Verwaltungsreformen in den Blick genommen. Dabei wird im Mittelpunkt die Frage stehen, inwiefern deren Bekämpfung bzw. Durchführung gleichzeitig eine Notwendigkeit zur Anpassung an das bundesrepublikanische Modell auf dem Weg zur Vereinigung darstellten. Demzufolge soll die Arbeit zeigen, wie die Führung der DDR den Kurs auf Deutsche Einheit setzte.

Während also der erste Teil der Analyse noch die Regierung selbst sowie die Herausforderungen untersucht, die die DDR innenpolitisch ohne die Hilfe aus Bonn zu lösen im Stande war, handelt der zweite große Gliederungspunkt von den Aufgaben, die nur mit der Bundesrepublik gemeinsam bewältigt werden konnten und die Angleichung des einstigen Arbeiter- und Bauernstaates an ihren westlichen Nachbarn ermöglichten. Es steht folglich die Frage im Vordergrund, welche Rahmenbedingungen durch die beiden deutsch-deutschen Verträge des Jahres 1990 – gemeint sind der Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sowie der Einigungsvertrag – auf dem Weg zur Einheit festgelegt wurden und inwieweit sie die Abwicklung der DDR besiegelten. Neben diesen Verhandlungen spielen allerdings immer auch weitere innenpolitische Herausforderungen im Zusammenhang mit den Verträgen eine permanente Rolle. Demnach wird in dem voranstehenden Unterkapitel beleuchtet, wie der erste der beiden Staatsverträge die Grundlage für die Vereinigung schuf, sich gleichzeitig jedoch die wirtschaftliche Krise des Landes verschärfte. Das Skizzieren des Einigungsvertrages und des schlussendlichen Niederganges der Deutschen Demokratischen Republik, der im Beitritt zur Bundesrepublik mündet, ist Inhalt des zweiten Unterkapitels. An dieser Stelle soll auch der Frage nachgegangen werden, inwiefern die DDR ihre eigenen Interessen wahren konnte. Abschließend folgt die Schlussbetrachtung, in der die Ergebnisse der Arbeit zusammengefasst und die Forschungsfragen auf Grundlage der vorherigen Analyse beantwortet werden.

2 „So schnell wie möglich“ – Kurs auf deutsche Einheit

2.1 Regierung und Volkskammer – Ein demokratischer Neuanfang

Die ersten Hochrechnungen am Wahlabend waren für manche ein Schock. Bei anderen lösten sie pure Freude aus. Aber fast allen war eines gemeinsam: Sie hatten nicht erwartet, dass am Ende dieses Ergebnis stehen würde. Nach dem Mauerfall und der Friedlichen Revolution in der DDR siegte bei den ersten und letzten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990 überraschend das CDU-geführte Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ unter Lothar de Maizière.¹⁸ Das neue Parlament bestand nun aus 400 Abgeordneten, von denen die meisten das erste Mal in politischer Verantwortung waren.¹⁹ Dieses Wählervotum stellte mit einer extrem hohen Wahlbeteiligung von 93% ein klares Plebisitz für eine schnelle deutsche Einheit dar. Schließlich entfielen mehr als Dreiviertel der Stimmen auf Parteien, die sich für eine mehr oder minder zeitnahe Vereinigung ausgesprochen hatten.²⁰ Damit stellte die Bevölkerung des einst sozialistischen Landes die Weichen klar in Richtung Deutsche Einheit.

In der Konsequenz der Ergebnisse der Volkskammerwahlen versuchte Lothar de Maizière die Bildung einer großen Koalition aus seiner ostdeutschen CDU, dem Demokratischen Aufbruch und der Deutschen Sozialen Union – die im Wahlkampf als Allianz für Deutschland angetreten waren – sowie der ein Jahr zuvor neu gegründeten SPD der DDR und dem Bund Freier Demokraten, einem Bündnis aus drei liberalen Parteien zu denen die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands und die ebenfalls neu formierten Gruppierungen Deutsche Forumpartei und F.D.P. der DDR gehörten.²¹ Der CDU-Vorsitzende strebte jenes Bündnis aus pragmatischen Gründen deshalb an, weil er der Auffassung war, dass es für den Einigungsprozess erforderlich sein würde, über konstante verfassungsändernde Mehrheiten zu verfügen.²² Darüber hinaus, so schreibt der damalige stellvertretende Vorsitzende

¹⁸ Vgl. Plato, Alexander von: Die Vereinigung Deutschlands. Ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatjuschow und die geheimen Moskauer Protokolle. Berlin 2002, S. 305.

¹⁹ Vgl. Jäger, Wolfgang: Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90. Stuttgart 1998, S. 413.

²⁰ Vgl. Ritter, Gerhard A.: Die Volkskammerwahlen als Plebisitz für die Deutsche Einheit. In: Apelt, Andreas H. (Hrsg.): Von der Volkskammerwahl zur Deutschen Einheit. Voraussetzungen, Bedingungen, Verlauf. Berlin 2011, S. 15-38, S. 29.

²¹ Vgl. Holzapfel, Klaus-Jürgen: Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik 1990. Rheinbreitbach 1990, S. 7f.

²² Vgl. Jäger, Die Überwindung der Teilung, S. 431f.

Markus Meckel, hatte de Maizière ein ernsthaftes Interesse an einer Koalition mit der Sozialdemokratischen Partei, auch weil er ahnte, dass eine CDU-geführte Regierung in Zukunft stärker von ihrer bundesdeutschen Schwestervertei, namentlich von Bundeskanzler Helmut Kohl, unter Druck gesetzt werden könnte. Durch die Beteiligung der Genossen allerdings würde dem neuen Ministerpräsidenten aus Ost-Berlin der Rücken gestärkt werden, wenn es darum ging, eigene Positionen und Interessen gegenüber der Bundesrepublik zu vertreten.²³ Der Rechtsanwalt versuchte die neue Koalition unter anderem durch eine gezielte Vergabe von Ministerposten abzusichern. Auf diese Weise erhielt die Sozialdemokratie zum Beispiel das wichtige Ressort Arbeit und Soziales. Darüber hinaus musste die SPD aber eben auch das Finanzministerium übernehmen, weil der CDU-Vorsitzende der Meinung war, dass es nicht sein könne, dass die Sozialdemokraten alle „Lob- und Dankministerien“ einheimsen, die kostspielige Wohltaten verteilen würden, während die Konservativen gleichzeitig die sogenannten Prügelministerien bekämen, in denen die unpopulären Entscheidungen getroffen werden.²⁴

Die Koalitionäre einigten sich schließlich darauf, dass Lothar de Maizière Ministerpräsident und der Sozialdemokrat Markus Meckel Außenminister werden sollten. Als Minister für Innere Angelegenheiten sowie Stellvertreter des Regierungschefs war der Generalsekretär der DSU, Peter-Michael Diestel, vorgesehen und der Pfarrer Rainer Eppelmann vom Demokratischen Aufbruch wurde das Abrüstungs- und Verteidigungsministerium leiten. Die Schlüsselressorts gingen damit an führende Politiker der Koalition, die Fachministerien wie Landwirtschaft oder Bildung und Wissenschaft an zum Teil parteilose Fachleute, die nicht im Parlament vertreten waren. Gleichzeitig wurde das Kabinett bis auf wenige Ausnahmen spiegelbildlich zur Bundesregierung gegliedert, sodass die jeweiligen Minister mit ihrem Pendant in Bonn leichter in Verhandlungen treten konnten.²⁵ Aufgrund der Tatsache, dass die SPD bereits viele Schlüsselministerien zugesprochen bekommen hatte, wurde der Kompetenzbereich der Deutschlandpolitik nicht dem Außenministerium, sondern dem Amt des Ministerpräsidenten übertragen.²⁶ Für diese Aufgabe war Günther Krause

²³ Vgl. Meckel, Markus: *Selbstbewußt in die Deutsche Einheit. Rückblicke und Reflexionen*. Berlin 2001, S. 108.

²⁴ Vgl. Stuhler, *Die letzten Monate der DDR*, S. 16.

²⁵ Vgl. Beschluss des Ministerrates über die Bildung neuer Ministerien und die Festlegung neuer Arbeitsbereiche. (https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/MR_Ministerien-und-Arbeitsbereiche_30-05-1990.pdf. Zuletzt abgerufen: 20.04.2021).

²⁶ Vgl. Jäger, *Die Überwindung der Teilung*, S. 439.

als parlamentarischer Staatssekretär verantwortlich, der für die Regierung besonders in den letzten Monaten der DDR zum Mann für Alles avancierte. In der Koalitionsvereinbarung, welche die Ressortverteilung vertraglich fixierte, heißt es diesbezüglich: „Die Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten insbesondere in der Deutschlandpolitik ist gewährleistet.“²⁷ Dies entsprach in etwa dem Kanzlerprinzip des Bonner Regierungschefs und sicherte de Maizière eine herausgehobene Stellung innerhalb der Regierung zu.

Auf der konstituierenden Sitzung der neuen Volkskammer am 5. April 1990 wurde die CDU-Abgeordnete Sabine Bergmann-Pohl mit großer Mehrheit zur Präsidentin des DDR-Parlaments gewählt. Kurz darauf beschlossen die Abgeordneten durch eine Verfassungsänderung die Abschaffung des Staatsrates als kollektives Oberhaupt der Republik und das Übertragen der Befugnisse auf das Präsidium der Volkskammer bis zur Wahl eines Präsidenten.²⁸ Dieser Schritt lag darin begründet, dass die Parlamentarier und Regierungsmitglieder bei ihrem Amtsantritt noch von einer Übergangszeit bis zum Vollzug der deutschen Einheit von drei bis vier Jahren ausgingen, weshalb sie sich sicher waren, dass ein neuer Präsident zukünftig noch gewählt werden müsse. Folglich glaubte zu diesem Zeitpunkt niemand an eine Wiedervereinigung bis zum Oktober. Mit dem genannten Beschluss allerdings wurde Bergmann-Pohl neben ihrer Funktion als Präsidentin der Volkskammer zusätzlich das Amt des letzten Staatsoberhauptes des Landes angetragen. Eine Position, die sie im Gegensatz zu ihrer parlamentarischen Leitungsfunktion, anfänglich überhaupt nicht annehmen wollte.²⁹ Denn die Lungenärztin, die vorher keinerlei politische Erfahrung sammeln konnte, war beunruhigt, nun eine so herausgehobene Stellung inne zu haben und quasi von heute auf morgen an der Spitze eines Staates zu stehen.³⁰ Nichts desto trotz war mit dieser Verfassungsänderung der erste Schritt zur demokratischen Umgestaltung der Institutionen der DDR getan, denn das Land verfügte nun erstmals in seiner Geschichte über ein Staatsoberhaupt, das sich auf eine Legitimation durch Wahlen berufen konnte.

²⁷ Grundsätze der Koalitionsvereinbarung zwischen den Fraktionen der CDU, der DSU, dem DA, den Liberalen, DFP, BFD, FDP und der SPD vom 12. April 1990. In: Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Stuttgart 1991, S. 163-190, S. 164.

²⁸ Vgl. Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 5. April 1990. In: Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Stuttgart 1991, S. 26.

²⁹ Vgl. Sabine Bergmann-Pohl. In: Jacobs, Olaf (Hrsg.): Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch. Halle (Saale) 2018, S. 25-47, S. 28.

³⁰ Vgl. Bergmann-Pohl, Sabine: Abschied ohne Tränen. Rückblick auf das Jahr der Einheit. Berlin 1991, S. 38.

Eine Woche später, am 12. April, erfolgte schließlich die Wahl der Regierung als Ganzes und im Anschluss deren Vereidigung. Nachdem Lothar de Maizière allerdings nicht auf die alte DDR-Verfassung schwören wollte, musste diese zuvor geändert und ein neuer Amtseid formuliert werden.³¹ Somit war auch die Verpflichtung auf die sozialistischen Werte beendet und ein weiterer Schritt zur Überwindung des ausgedienten Systems getan. Es lag nun an den dreiundzwanzig neuen Ministerinnen und Ministern sowie ihrem Chef, der fortschreitenden ökonomischen als auch administrativen Krise des Landes Herr zu werden.³² Doch an diesem Tag wusste keiner der Männer und Frauen, die zu großem Teil noch nie ein Regierungsamt bekleidet hatten, wie lange er oder sie im Amt bleiben würde. Ihre einzige Aufgabe bestand darin, die Voraussetzungen für den Beitritt ihres Landes zur Bundesrepublik zu schaffen. Dies untermauerte der neue Ministerpräsident, indem er auf der ersten Kabinettsitzung kurz nach der Vereidigung klarstellte: „[...] dass wir eine Aufgabe haben, die lautet, wir müssen uns selber überfällig machen, wir müssen uns abschaffen!“³³. Des Weiteren erläuterte de Maizière fünf zentrale Punkte, die aus seiner Sicht Teil der gemeinsamen Agenda sein sollten: die kommunale Selbstverwaltung, das Ende der zentralistischen Anleitung und die Einführung von Bundesländern, die Angleichung der kompletten Rechtsordnung an die Bundesrepublik, das Aushandeln der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sowie die Verhandlungen mit den Siegermächten über die deutsche Einheit.³⁴ Außerdem galt es, einen gesamten Staat mit seinen alten Apparaten und Ministerien an demokratische und effiziente Strukturen anzupassen. Allein der Amtssitz des Ministerpräsidenten bestand zu diesem Zeitpunkt aus ca. 4.500 Mitarbeitern. Von diesen riesigen Stäben war der überwiegende Teil noch Mitglied der SED-PDS gewesen. Zwar wurde teilweise versucht, zumindest die Abteilungsleiter auszuwechseln, allerdings mangelte es an adäquatem Ersatzpersonal. Lothar de Maizière versuchte es mit einem großen Vertrauensvorschuss, indem er den Angestellten bei seiner ersten Begrüßung nach der Vereidigung das offene Angebot unterbreitete, zu kündigen, sofern sie nicht bereit wären, für ihn zu arbeiten. Parallel dazu versprach er ihnen, in

³¹ Vgl. Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. April 1990. In: Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Stuttgart 1991, S. 26.

³² Vgl. Rödder, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung. München 2009, S. 281f.

³³ Zitiert nach: Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 22.

³⁴ Vgl. Schönherr, Michael: Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. In: Jacobs, Olaf (Hrsg.): Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch. Halle (Saale) 2018, S. 12-22, S. 17.

einem solchen Fall „eine sozialverträgliche Lösung zu finden“³⁵. Diese Geste schuf Vertrauen zu ihrem neuen Vorgesetzten und führte dazu, dass sich die Mitarbeiter bis zum letzten Tag größtenteils loyal gegenüber der neuen Regierung verhielten.³⁶

Sieben Tage nach der Vereidigung präsentierte Lothar de Maizière das Programm und die Ziele des neuen Kabinetts vor der Volkskammer. Darin kündigte der neue Ministerpräsident an, dass die Einheit so schnell wie möglich, aber so gut wie nötig kommen müsse. Er prägte damit einen Satz, der in den darauffolgenden Monaten zum roten Faden des politischen Handelns werden sollte. Das Interesse de Maizières bestand stets darin, die Einheit vor allem zeitnah zu vollziehen, doch noch wichtiger war ihm dabei, das Beste für die Bürger seines Landes herauszuholen. Nicht der schnelle Wunsch nach Wiedervereinigung, sondern die Qualität der Bedingungen des Beitritts würden das Tempo des Einigungsprozesses bestimmen. Doch zu welchen Punkten äußerte sich der Anwalt der DDR-Bürger vor dem Parlament darüber hinaus?

Zunächst sprach der Regierungschef von den Ereignissen der Friedlichen Revolution, dankte den Beteiligten und denen, die dies möglich gemacht hatten, und wendete sodann den Blick mit der folgenden Aussage nach vorn: „Der Neuanfang unserer Gesellschaft ist ein zutiefst demokratischer Neuanfang.“³⁷ Damit legitimierte er sogleich diese erstmals durch echte Wahlen ins Amt gekommene Volkskammer sowie seine eigene Regierung und deren Ziele. Darüber hinaus stellte der Ministerpräsident auf Grundlage des Wahlergebnisses und der daraus resultierenden Mehrheiten im Parlament fest: „Das Ja zur Einheit ist gesprochen. Über den Weg dahin werden wir ein entscheidendes Wort mitzureden haben.“³⁸ De Maizière bekannte sich also klar zur deutschen Einheit als das große Ziel seines Kabinetts, merkte aber zugleich an, dass erst einmal über die Rahmenbedingungen verhandelt werden müsste und die DDR hierbei aus einer aktiven Rolle heraus ihre Interessen vertreten würde. Dazu galt es seiner Meinung nach jedoch, zunächst die inneren Probleme des Landes, insbesondere in der Wirtschaftspolitik, zu lösen, indem tief-

³⁵ Lothar de Maizière. Zitiert nach: Jacobs, Olaf (Hrsg.): Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch. Halle (Saale) 2018, S. 48-76, S. 53.

³⁶ Vgl. Rödder, Deutschland einig Vaterland, S. 282.

³⁷ Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik. In: Protokolle der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. 10. Wahlperiode (5. April bis 2. Oktober 1990). Bd. 1. Protokoll der 1. Sitzung bis 9. Sitzung. Berlin 2000, S. 41-51, S. 41.

³⁸ Ebenda, S. 41.

greifende Veränderungen der ökonomischen Ordnung vorgenommen werden sollten: „Wir wollen arbeiten, leben und wohnen in einer ökologisch verpflichteten sozialen Marktwirtschaft. [...] Die politische Zielstellung der Koalitionsregierung besteht darin, die bisherige staatlich gelenkte Kommandowirtschaft auf eine ökologisch ausgerichtete, soziale und marktorientierte Ökonomie umzustellen.“³⁹ Außerdem müssten 500.000 neue Arbeitsplätze als Ausgleich für jene Stellen geschaffen werden, die aus zwingenden Gründen der Wirtschaftlichkeit oder des Umweltschutzes nicht zu halten seien. Der Umbau zur ökologisch verpflichteten und sozialen Marktwirtschaft, ein Punkt, der der bundesdeutschen Ordnung gänzlich fehlte, war bereits Bestandteil der Koalitionsvereinbarung und zeigte, dass die bloße Übernahme des westlichen Modells nicht ausreichen würde. Auch mit anderen Aussagen schlug Lothar de Maizière Pflöcke ein, die in Bonn nicht immer wohlwollend aufgenommen worden sein dürften. Zum Stichwort Währungsunion machte der gelernte Rechtsanwalt deutlich, dass er einen grundlegenden Wechselkurs von 1:1 anpeile und die Währungs- und Wirtschaftsunion nur im Zusammenhang mit einer Sozialunion akzeptabel sei. Diese Feststellung, die das Ergebnis der Verhandlungen mit der Bundesrepublik zum Teil schon vorwegnahm, offenbarte, dass die Regierung Ost-Berlins genaue Vorstellungen von den Bedingungen des Beitritts der DDR hatte. Vor diesem Hintergrund verwies der CDU-Vorsitzende auch dezidiert auf den Artikel 23 des Grundgesetzes als den richtigen Weg zur Vereinigung.⁴⁰ Dabei war de Maizière besonders der soziale Frieden im eigenen Land ein zentrales Anliegen, weshalb er anmahnte: „Die Diskussionen um die Währungsumstellung 1:1 oder 1:2 haben uns mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt, daß hier ein Zusammenhang besteht und daß wir Bedingungen vereinbaren müssen, die sichern, daß die DDR-Bürger nicht das Gefühl bekommen, zweitklassige Bundesbürger zu werden.“⁴¹ Um diese Bedenken zu untermauern, richtete sich der Ministerpräsident daher mit folgendem Appell an die Bürger der Bundesrepublik: „Die Teilung kann tatsächlich nur durch Teilen aufgehoben werden.“⁴² Auch in anderen Bereichen zeigte der Regierungschef auf, an welchen Stellen sein Kabinett nicht zu Verhandlungen bereit war: „Die Ergebnisse der Bodenreform auf dem Territorium der DDR stehen nicht zur

³⁹ Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik. In: Protokolle der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. 10. Wahlperiode (5. April bis 2. Oktober 1990). Bd. 1. Protokoll der 1. Sitzung bis 9. Sitzung. Berlin 2000, S. 41-51, S. 43f.

⁴⁰ Vgl. Ebenda, S. 43ff.

⁴¹ Ebenda, S. 44.

⁴² Ebenda, S. 44.

Disposition.“⁴³ Damit wollte er zum einen die Besitzrechte seiner Landsleute sichern, aber gleichzeitig auch das Gesicht der Sowjetunion waren, die die Neuverteilung von Grund und Boden im Jahr 1945 organisiert hatte. Außerdem berief sich Lothar de Maizière hiermit erneut auf die Koalitionsvereinbarung, welche ebenfalls die „[...] Sicherung sonstiger Eigentums- und Besitzrechte der DDR-Bürger, wo in Treu und Glauben Eigentums- und Nutzungsrechte erworben [...]“ wurden, genauso fest-schrieb wie die „[...] Sicherung des Volkseigentums an Gebäuden zu Wohnzwecken [...]“⁴⁴. Darüber hinaus war sich in diesem Vertrag auf die Anerkennung der Grenzen, insbesondere der polnischen Westgrenze geeinigt worden, die in der Rede des Ministerpräsidenten erneut zur Sprache kam.⁴⁵ Für den neuen Außenminister Markus Meckel stellte dies eine persönliche Herzensangelegenheit dar.⁴⁶ Er wusste, dass die Angst vor einer Revision der Grenze für Warschau die größte außenpolitische Bedrohung darstellte. Der Sozialdemokrat wollte Vertrauen schaffen, indem die Oder-Neiße-Linie einseitig von der DDR anerkannt werden sollte.⁴⁷ Seiner Ansicht nach war dieses Vertrauen in ein neues, friedliches Deutschland die grundlegende Voraussetzung dafür, dass die osteuropäischen Staaten der deutschen Einheit wohlwollend gegenüberstehen würden. Dafür nahm er auch die heftige Kritik der Bundesregierung in Kauf, die mit der Anerkennung der Grenze zunächst nicht einverstanden war.⁴⁸

Zusammenfassend konnte nach dieser Regierungserklärung davon ausgegangen werden, dass es zunächst keine schnelle Einheit geben würde, da vorher erst einmal die vielen anderen Probleme aus dem Weg geräumt werden müssten. Dass die Vereinigung zu diesem Zeitpunkt noch auf mehrere Jahre geplant war, zeigte sich auch an der vorsichtigen Idee, zu den Olympischen Spielen 1992 in Barcelona eine gesamtdeutsche Mannschaft als eine erste Geste der Untrennbarkeit zu ent-

⁴³ Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik. In: Protokolle der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. 10. Wahlperiode (5. April bis 2. Oktober 1990). Bd. 1. Protokoll der 1. Sitzung bis 9. Sitzung. Berlin 2000, S. 41-51, S. 47.

⁴⁴ Grundsätze der Koalitionsvereinbarung zwischen den Fraktionen der CDU, der DSU, dem DA, den Liberalen, DFP, BFD, FDP und der SPD vom 12. April 1990. In: Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Stuttgart 1991, S. 163-190, S. 176.

⁴⁵ Vgl. Ebenda, S. 165.

⁴⁶ Vgl. Wentker, Hermann: Die Außenpolitik der DDR im Prozess der deutschen Wiedervereinigung. In: Gehler, Michael/ Graf, Maximilian (Hrsg.): Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen. Göttingen 2017, S. 43-64, S. 53.

⁴⁷ Vgl. Meckel, Markus: Zu wandeln die Zeiten. Erinnerungen. Leipzig 2020, S. 371.

⁴⁸ Vgl. Lehmann, Ines: Die Außenpolitik der DDR 1989/1990. Eine dokumentierte Rekonstruktion. Baden-Baden 2010, S. 146f.

senden.⁴⁹ Auffallend an den Ausführungen de Maizières war, dass er es mied, ein klares Bekenntnis zur NATO abzugeben und stattdessen eher die Loyalität zum Warschauer Vertrag betonte. Auch eine Absage an Demilitarisierung und Neutralität spielte in der Rede kaum eine Rolle. Viel entscheidender aber war die Kernaussage, dass die neue Regierung das Ziel der Einheit teile, aber bereit sei, die Interessen der DDR-Bevölkerung mit Nachdruck einzubringen. Daran wurde erneut deutlich, dass der Ministerpräsident die Einheit auf geordnetem Wege und nicht ohne absichernde Verträge zwischen seinem Land und der Bundesrepublik anstrebte, um die Interessen der Ostdeutschen berücksichtigt zu wissen.⁵⁰

Diese großen Linien gaben der neuen Regierung und dem Parlament nun den Takt vor – und das in einem ungeheuren Tempo und unter größter Beobachtung. Die Sitzungen der Volkskammer wurden fast immer in den Medien übertragen, die diese ebenso wie die Bevölkerung mit großem Interesse verfolgten.⁵¹ Doch aufgrund der Fülle an Themen, die alle mit einmal aufkamen, gerieten die Parlamentarier und Minister schnell an die Grenzen ihrer Belastungsfähigkeit. Zu dem ohnehin schon sehr langen Arbeitstag, der sich oft von morgens acht Uhr bis weit in die Nacht erstreckte, mussten die Kabinettsmitglieder auch am Wochenende rund um die Uhr Erreichbarkeit gewährleisten.⁵² So war es keine Seltenheit, dass die teilweise überforderten Neopolitiker ihren Dienst bis zur physischen Erschöpfung leisteten.⁵³ Für den Ministerpräsidenten lagen nach eigenen Aussagen stets Kopfkissen und Decke auf der Rückbank seines Wagens bereit, um die längeren Touren durch das nächtliche Berlin mit effektivem Schlaf zu nutzen.⁵⁴ Der Grund für diese hohe Arbeitsbelastung lag in dem alten zentralistischen System der DDR begründet, denn aufgrund dessen galt es, Themen zu beraten und Probleme zu lösen, die eigentlich auf einer unteren Administrationsebene hätten entschieden werden können.⁵⁵ Hinzu kam der große Zeitaufwand für die Beschaffung und Bearbeitung von Informationen

⁴⁹ Vgl. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik. In: Protokolle der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. 10. Wahlperiode (5. April bis 2. Oktober 1990). Bd. 1. Protokoll der 1. Sitzung bis 9. Sitzung. Berlin 2000, S. 41-51, S. 48.

⁵⁰ Vgl. Ritter, Gerhard A.: *Wir sind das Volk! Wir sind ein Volk!* Geschichte der deutschen Einigung. München 2009, S. 30.

⁵¹ Vgl. Stuhler, *Die letzten Monate der DDR*, S. 83.

⁵² Vgl. Lothar de Maizière. In: Jacobs, Olaf (Hrsg.): *Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch*. Halle (Saale) 2018, S. 48-76, S. 57.

⁵³ Vgl. Rödder, *Deutschland einig Vaterland*, S. 282.

⁵⁴ Vgl. Maizière, Lothar de: *Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit*. 2. Auflage, Freiburg 2010, S. 192.

⁵⁵ Vgl. Jäger, *Die Überwindung der Teilung*, S. 446.

in Vorbereitung auf Kabinetts- und Parlamentssitzungen. Allein die Tagung des Ministerrates am 30. Mai hatte Anlagen im Umfang von 15 Bänden zum Steuerrecht, die kaum ernsthaft vorzubereiten gewesen sein dürften.⁵⁶ In der Zeit ihres Bestehens verabschiedete die 10. Volkskammer 164 Gesetze, wobei 96 durch die Regierung eingebracht worden waren und der Rest aus den Fraktionen kam. Darüber hinaus wurden 93 Beschlüsse gefasst, die zum Teil Willenserklärungen wie das Bekenntnis zu der Verantwortung für die Gräueltaten des Zweiten Weltkrieges beinhalteten.⁵⁷ Außerdem mussten zahlreiche Rechtsverordnungen und Gesetze der Bundesrepublik und der EG rechtskräftig übernommen werden. Die insgesamt 32 Sitzungen der Regierung von Lothar de Maizière gerieten immer mehr zum Marathon. Am 4. Juli wurden 36 Tagesordnungspunkte in etwa sechseinhalb Stunden beraten. Vor allem die Erarbeitung von neuen Gesetzesentwürfen zur Vorlage in der Volkskammer sowie die Anpassungsregelungen an die Rechtsnormen der Bundesrepublik und wichtige Personalentscheidungen forderten den Ministern immer mehr ihrer kostbaren Arbeitszeit ab.⁵⁸ Der Druck war offenbar so groß, dass sich anders als in einem normalen parlamentarischen Verfahren kaum mehr Zeit für die Vorlagen genommen werden konnte. Für gewöhnlich wurden montags in der Staatssekretärsrunde die Gesetzesvorlagen, die aus den Ministerien kamen, geprüft und dienstags im Kreis der Fraktionsvorsitzenden der Koalition besprochen. Mittwochs um 8 Uhr fand die Beratung dazu im Ministerrat statt und Donnerstag war die erste Lesung in der Volkskammer angesetzt. Zumeist erfolgte bereits am Freitag die zweite Lesung sowie anschließend die Abstimmung über den Vorschlag der Regierung. Somit war der Gesetzgebungsprozess innerhalb einer Woche abgeschlossen, was heute kaum vorstellbar scheint. Am Rekordtag wurden laut dem Kabinettchef Klaus Reichenbach auf diese Weise 35 Gesetze und 23 Verordnungen auf dem Weg gebracht.⁵⁹

All diese großen Aufgaben von der Reformierung der Republik bis hin zum Vollzug der Vereinigung wären ohne Hilfe von außen wohl kaum zu bewältigen gewesen. Bereits kurz nach Amtsantritt der Regierung de Maizière wurden bundesdeutsche Berater in die Ministerien der DDR entsandt, die zumeist unter den direkten Anweisungen aus Bonn arbeiteten. Dennoch hatte auch der CDU-Politiker selbst einen großen Stab an Beratern unter seinen Staatssekretären, ohne die er die schiere

⁵⁶ Vgl. Rödder, Deutschland einig Vaterland, S. 281f.

⁵⁷ Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 77.

⁵⁸ Vgl. Jäger, Die Überwindung der Teilung, S. 449.

⁵⁹ Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 27ff.

Menge an ungelösten Problemen nicht hätte lösen können.⁶⁰ So geht es auch aus einem Bericht an das Bundeskanzleramt hervor, der Auskunft über die mehr als ein Dutzend ausländischen Mitarbeiter im Amt des Ministerpräsidenten gibt.⁶¹ Um zwischen den unterschiedlich qualifizierten Angestellten die Funktionsfähigkeit in den Ministerien zu gewährleisten und keinen Verdacht der Fremdbestimmung aufkommen zu lassen, legte der Regierungschef fest, dass immer nur der DDR-Bürger die Entscheidungen treffen dürfe und der externe Mitarbeiter lediglich beraten solle. Dies führte nach seiner Aussage dazu, dass die Berater manchmal die besseren „Ossis“ waren, um nicht in Verdacht zu geraten, bundesdeutsche Interessen auf Kosten der DDR durchsetzen zu wollen.⁶² Der vorsichtige Jurist begegnete den westdeutschen Mitarbeitern durchaus mit Skepsis, weshalb sie auch keine Weisungsbefugnisse zugesprochen bekamen und es ihnen auch nicht erlaubt war, offizielle Funktionen auszuüben.⁶³ Was die deutsche Einheit betraf, arbeitete Lothar de Maizière außerdem eng mit dem Kabinett aus Bonn zusammen. Die Bundesregierung war stets bei außen- und innenpolitischen Entscheidungen von den zuständigen DDR-Ministern involviert worden. Dabei kam es durchaus zu Spannungen zwischen dem Ministerpräsidenten und Bundeskanzler Helmut Kohl. Allerdings, so betonte es Ehrhart Neubert, wurde der CDU-Vorsitzende aus Ost-Berlin nie zu einem bloßen Erfüllungsgehilfen seines Verbündeten aus der Pfalz.⁶⁴

Die erste Reise des neuen Regierungschefs führte Ende April im Beisein seiner wichtigsten Minister nach Moskau. Dort wollte de Maizière über die neuen Beziehungen zwischen der DDR und der Sowjetunion und gleichzeitig über die vielen noch ungeklärten Fragen auf dem Weg zur Einheit verhandeln. Allerdings herrschte zum Anfang des Besuchs eine ziemlich schlechte Stimmung, da der Staatspräsident und Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, die Delegation empfing, wie frühere, ihm untergebene Vertreter aus Ost-Berlin. Er wollte ihnen, wie in der Vergangenheit üblich, direkte Anweisungen erteilen, nach denen sie zu

⁶⁰ Vgl. Christa Schmidt. In: Jacobs, Olaf (Hrsg.): Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch. Halle (Saale) 2018, S. 219-245, S. 231.

⁶¹ Vgl. Schreiben vom 11. Juni 1990 an den Chef des Bundeskanzleramtes. (https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/BArch-DC_20_9260_019-020.pdf. Zuletzt abgerufen: 20.04.2021).

⁶² Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 49f.

⁶³ Vgl. Albrecht, Ulrich: Die Abwicklung der DDR. Die "2+4-Verhandlungen". Ein Insider-Bericht. Opladen 1992, S. 51.

⁶⁴ Vgl. Neubert, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90. München 2008, S. 373.

regieren hätten.⁶⁵ Daraufhin konterte der neue Ministerpräsident aus Ost-Berlin, dass nun eine andere Zeit angebrochen und die DDR-Regierung nicht mehr wie ihre Vorgänger zum Befehlsempfang gekommen sei, sondern auf Augenhöhe miteinander verhandeln wolle.⁶⁶ Dieser Fall zeigt, mit welchem Selbstbewusstsein der neue Regierungschef nun gegenüber der Supermacht Sowjetunion auftrat, die bis dahin stets der große Bruder gewesen war, der die Richtung vorgegeben hatte. Gründe dafür lagen vor allem im guten Wahlergebnis seiner Partei nur wenige Wochen zuvor und im Rückhalt seiner Koalition in der Bevölkerung insgesamt, die von Moskau nicht mehr ignoriert werden konnte. Während des Aufenthaltes in der sowjetischen Hauptstadt beauftragte de Maizière die damalige stellvertretende Regierungssprecherin Angela Merkel, sich mit den Menschen in der Metro zu unterhalten, um zu erfahren, was sie über die deutsche Einheit dachten. Nachdem dort Aussagen fielen wie: „[...] Stalin hat den 2. Weltkrieg gewonnen, und Gorbatschow ist dabei, ihn zu verlieren“⁶⁷, schrillten beim Ministerpräsidenten sofort sämtliche Alarmsignale und ihm wurde schlagartig klar, dass es im Gegensatz zu den Äußerungen aus seiner Regierungs-erklärung zwei Wochen zuvor nun doch notwendig sei, schnellstmöglich die Einheit zu erreichen, um einer möglichen Blockade von außen zuvorzukommen.

2.2 Von sozialistischen Altlasten und innenpolitischen Reformen

Bevor jedoch überhaupt an die Vereinigung mit der Bundesrepublik gedacht werden konnte, musste sich die Regierung de Maizière zuallererst einen Überblick über die innere Lage des Landes verschaffen und notwendige Reformen in Gang setzen, um die DDR an die Strukturen des westlichen Nachbarn anzupassen. Allerdings waren die zu überwindenden Zustände in vielen Bereichen noch deutlich dramatischer, als ursprünglich erwartet worden war. Als eines der größten Probleme stellten sich die hohen Schulden heraus, die der Staat in den Jahren des Sozialismus auf allen Ebenen angehäuft hatte. Nach Aussage des Ministerpräsidenten standen allein die staatliche Wirtschaft des Landes mit 220 Milliarden, die vom zuständigen Ministerium gesteuerte Landwirtschaft mit 120 Milliarden und die Betriebe des Wohnungsbaus

⁶⁵ Vgl. Plato, Die Vereinigung Deutschlands, S. 317f.

⁶⁶ Vgl. Maizière, Lothar de: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit. 2. Auflage, Freiburg 2010, S. 206.

⁶⁷ Zitiert nach: Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 128.

mit 110 Milliarden Mark der DDR bei der Staatsbank in der Kreide.⁶⁸ Auch die Haushaltslage des Jahres 1990 und die Auslandsverschuldung schränkten den Handlungsspielraum stark ein, wie dem Regierungschef in einem Schreiben des Finanzministers vom 9. Mai mitgeteilt wurde. Demnach lag das aktuelle Haushaltsdefizit bei 7,9 Milliarden und würde allein bis zum 30. Juni des Jahres auf etwa 15 bis 20 Milliarden Mark anwachsen. Die Kreditbelastungen im sogenannten nichtsozialistischen Ausland beliefen sich außerdem auf 27,218 Milliarden Valutamark, was in etwa einen Betrag von damals 14,2 Milliarden US-Dollar bedeutete. Für das 2. Halbjahr 1990 wurde darüber hinaus nach vorläufiger Planung ein Defizit von weiteren 25 Milliarden D-Mark prognostiziert.⁶⁹ Mit dieser faktischen Staatspleite waren die Möglichkeiten der Reformen deutlich eingeschränkt.

Der Grund für die enormen Schulden lag in der bisherigen, verheerenden und ineffizienten Wirtschaftspolitik der SED. Beispielhaft lässt sich das an einer Investition in Höhe von 200 Millionen Mark auf Kreditbasis im Chemiewerk Bad Köstritz feststellen. Von dieser Summe war bereits eine Tilgung von 60 Millionen Mark erfolgt, womit eine Restschuld von 140 Millionen Mark blieb, die ab dem 1. Juli 1990 in D-Mark zu rechnen war. Der Wert dieser Anlage betrug zu diesem Zeitpunkt nach westlichen Maßstäben jedoch nur noch 20 bis 30 Millionen DM.⁷⁰ Das daraus entstandene Defizit belastete den Staatshaushalt. Gleichzeitig zeigte sich, dass die DDR-Wirtschaft veraltete Produkte zu überholten Preisen herstellte und deshalb international nicht wettbewerbsfähig sein konnte. So hatte ein 256 Kilobyte-Chip, der Produktionskosten von 536 Mark verursachte, auf dem Weltmarkt einen Abnahmepreis von nur 8 D-Mark.⁷¹ Auch dieses Beispiel zeigt, wie defizitär die DDR wirtschaftete. Hinzu kam, dass der Verschleißgrad der Industrie zwischen 70 und 85, der des gesamten Anlagevermögens der DDR bei knapp 50 Prozent lag, was sich weit über den Werten westlicher Industrienationen befand.⁷² Auch die sonstige Infrastruktur war in einem maroden Zustand. Das Post- und Fernmeldewesen

⁶⁸ Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 141.

⁶⁹ Vgl. Schreiben vom 9. Mai 1990. (https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/BArch-DC_20_6150_01-06.pdf). Zuletzt abgerufen: 20.04.2021).

⁷⁰ Vgl. Dokument 17. Nachrichtenabteilung des Regierungssprechers. Einschätzung der Lage in den Bezirken vom 19. bis 25.06.1990. In: Jaskułowski, Tytus (Hrsg.): Nachrichten aus einem Land das doch existiert. Lageberichte aus den Bezirken für die letzte DDR-Regierung 1990. Berlin 2010, S. 160-167, S. 166f.

⁷¹ Vgl. Ritter, Wir sind das Volk! Wir sind ein Volk!, S. 108.

⁷² Vgl. Plato, Die Vereinigung Deutschlands, S. 329.; Siehe auch: Steiner, André: Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion vom 1. Juli 1990. In: Henke, Klaus-Dietmar (Hrsg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte. München 2009, S. 441-455, S. 454.

stagnierte auf dem Niveau der 1920er- und 1930er-Jahre, was dazu führte, dass auf einhundert Haushalte nur siebzehn Telefonanschlüsse entfielen.⁷³ Auch die heruntergekommenen Straßen und Schienen entzogen einer funktionierenden Wirtschaft sowie einem möglichen neuen mittelständischen Privatsektor jegliche Grundlage. Die Arbeitsproduktivität lag nur bei etwa 30 Prozent des Niveaus der Bundesrepublik, was auch darin begründet war, dass in Industrie und Landwirtschaft aufgrund mangelnder Technisierung oft harte körperliche Arbeiten auch durch Frauen ausgeführt werden mussten.⁷⁴

Eines der größten wirtschaftlichen wie auch ökologischen Probleme stellte die ineffiziente Energiewirtschaft mit den maroden Gas-, Wasser- und Stromleitungen dar. Sie galt inklusive der vielen Haushalte, die noch mit Kohleöfen heizten und durch die Schornsteine die Umwelt verschmutzten, als Hauptverursacher der hohen Luftschadstoffbelastung. Auf diese Weise emittierte die DDR pro Jahr 5 Millionen Tonnen Schwefeldioxid, während von der Bundesrepublik mit der fast vierfachen Bevölkerung und einer deutlich größeren Industrie nur 2 Millionen Tonnen ausgestoßen wurden.⁷⁵ Der Grund für diese enorme Belastung der Luft bestand darin, dass etwa 82 Prozent der Energiegewinnung aus der Braunkohle erfolgte.⁷⁶ Deshalb war es Lothar de Maizière wichtig, dass das Umweltministerium innerhalb seiner Regierung neben den ökologischen Fragen auch für die Energiegewinnung zuständig ist. Der Ministerpräsident begründete diese Entscheidung damit, dass die Behörde, die für die Stromproduktion zuständig sei, auch wissen solle, wie sie mit den daraus resultierenden Umweltschäden umgehe.⁷⁷ Da allein der Ausstoß pro Kopf an Schwefeldioxid mehr als fünf Mal so hoch war wie jener in der Bundesrepublik, stellte die Luftverschmutzung durch Braunkohle auch eine akute Gesundheitsgefährdung für die Menschen im Land dar.⁷⁸ Bereits in der Zuarbeit des neuen Umwelt- und Energieministeriums zur ersten Regierungserklärung Lothar de Maizières wurden diesbezüglich hohe Ziele für die Arbeit des Kabinetts vorgeschlagen. Demnach sollte der Einsatz von Braunkohle massiv gesenkt und durch Erdöl, Steinkohle sowie

⁷³ Vgl. Ritter, Gerhard A.: Die deutsche Wiedervereinigung. In: Historische Zeitschrift. Berlin 286 (2008), 2, S. 289-339, S. 298.

⁷⁴ Vgl. Neubert, Unsere Revolution, S. 390.

⁷⁵ Vgl. Karl-Hermann Steinberg. In: Jacobs, Olaf (Hrsg.): Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch. Halle (Saale) 2018, S. 302-325, S. 309.

⁷⁶ Vgl. Ebenda, S. 303.

⁷⁷ Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 12.

⁷⁸ Vgl. Zuarbeit zur Regierungserklärung MUNER, S. 1. (<https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/MUNER-Regerkl.pdf>. Zuletzt abgerufen: 20.04.2021).

Erdgas ersetzt werden. Gleichzeitig müsste die Umstellung der Wärmeversorgung in den Städten und Gemeinden auf Fernwärme durch Erdgas oder Heizöl erfolgen, um die Zahl der Kohleöfen zu reduzieren.⁷⁹ Jener Punkt fand sich auch in der Rede des Ministerpräsidenten vor der Volkskammer wieder. Neben diesen Einflussfaktoren beschädigte auch die sonstige Industrie die Natur und Umwelt so massiv, dass immer zu Beginn eines Jahres fast 600 große Betriebe Ausnahmeregelungen des Ministeriums für Gesundheitswesen erhielten, um überhaupt weiterproduzieren zu können. Diese Genehmigungen waren notwendig, da die Grenzwerte der Umweltschutzauflagen der DDR regelmäßig überschritten wurden, obwohl diese bereits weit unter denen der Bundesrepublik lagen.⁸⁰

Aufgrund dieser Ausbeutung der natürlichen Gegebenheiten war in vielen Gebieten der DDR die ökologische Katastrophe unverkennbar, was nicht zuletzt auch die Gesundheit der Bevölkerung in ungeheurem Maße beeinträchtigte. Am stärksten betraf dies das sogenannte Chemiedreieck rund um Bitterfeld, Halle und Merseburg. Hier gab es so gravierende Umweltschäden, dass die Kinder in diesem Industriegebiet in der Regel ein Jahr zu früh eingeschult wurden, weil sie entwicklungsretardierte waren. Der Grund für diese Entwicklungsverzögerungen lag in dem erhöhten Aufkommen von Krankheiten wie Asthma oder Pseudokrupp, die vor allem auf das verseuchte Grundwasser in der Region zurückgeführt werden konnten.⁸¹ Doch auch darüber hinaus fanden sich im gesamten Land Umweltschäden von kaum vorstellbarem Ausmaß. Als der damalige Umweltminister Karl-Hermann Steinberg mit seinem Kollegen, Landwirtschaftsminister Peter Pollack, eine große Schweinemastanlage mit über 300.000 Tieren in Dittersdorf bei Neustadt an der Orla besichtigte, weil sich die Bevölkerung über die viel zu hohen Ammoniakemissionen beschwerte, die bereits etwa 3.000 Hektar Thüringer Wald geschädigt hatten, trauten die Politiker ihren Augen nicht. Der Gedanke lag nahe, dass die Konzentration in den Tierhallen noch um ein Vielfaches höher sein musste, wenn bereits im umliegenden Thüringer Wald das Absterben von Bäumen einsetzte. Hinzu kam, dass in der Anlage etwa 800 Beschäftigte arbeiteten, von denen mehr als die Hälfte junge Frauen im gebärfähigen Alter waren, für die diese Belastung ein erhöhtes gesundheitliches Risiko darstellte. Schließlich kam bei den Messungen heraus, dass in den Ställen eine höhere

⁷⁹ Vgl. Zuarbeit zur Regierungserklärung MUNER, S. 5f. (<https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/MUNER-Regerkl.pdf>. Zuletzt abgerufen: 20.04.2021).

⁸⁰ Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 161.

⁸¹ Vgl. Ebenda, S. 162.

Ammoniakkonzentration nachzuweisen war, als im Bau 13A in Leuna – der Ammoniakfabrik der chemischen Leuna-Werke bei Merseburg. In nur wenigen Tagen wurde die gesamte Anlage geschlossen und die Mitarbeiter verloren ihre gefährlichen Arbeitsplätze.⁸² Die exzessive Nutzung der natürlichen Ressourcen führte außerdem dazu, dass viele der Gewässer ökologisch tot waren. Der Fluss Saale etwa hatte die Gewässergütekasse 5, die es in der Bundesrepublik gar nicht gab, und per Definition selbst für industrielle Zwecke als unbrauchbar galt.⁸³ Der schlechte Zustand der Flüsse und Seen in der DDR wurde auch durch einen Bericht des Instituts für Umweltschutzes belegt, nach dem lediglich drei Prozent aller Wasserläufe und stehenden Gewässer ökologisch gesund und von den Seen selbst sogar nur ein Prozent in einem vertretbaren Zustand wären.⁸⁴ Gleichzeitig waren ein Viertel aller Flüsse, von denen sogar über 60 Prozent als stark belastet galten, so verschmutzt, dass sie weder zur Trinkwassergewinnung noch für die Industrie oder Bewässerung genutzt werden konnten.⁸⁵ So war zum Beispiel die Werra aufgrund des angrenzenden Kalibergbaus zu einem Salzwasserfluss mit entsprechenden Fischarten, wie sie nur in salzhaltigen Gewässern vorkommen können, geworden.⁸⁶ Somit bleibt festzuhalten, dass die DDR sowohl im ökologischen als auch im industriellen Bereich weit von den Richtlinien des westlichen Nachbarn entfernt war. Ohne die teils radikalen Entscheidungen, die unter anderem zu mehreren Schließungen bzw. Stilllegungen ganzer Betriebe führten, hätte sie die Voraussetzungen für eine Vereinigung nicht erfüllen können.

Ein weiteres Sorgenkind des Umweltministers bildete das Kernkraftwerk Lubmin bei Greifswald, welches aufgrund seiner hohen Sicherheitsmängel ebenso wie der Meiler in Rheinsberg am 1. Juni 1990 abgeschaltet werden musste. Dieser Schritt schien unausweichlich, da die erhöhten Strahlungsrisiken sowie die hohen finanziellen Aufwendungen, um die Atomanlagen auf einen nach bundesdeutschem Recht genehmigungsfähigen Standard zu modifizieren, nicht vertretbar gewesen wären. Mit der Stilllegung der Anlagen wurde ein Schritt in Richtung Anpassung an die Gesetzesnormen der Bundesrepublik getan. Das wohl wichtigste Projekt des

⁸² Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 150ff.

⁸³ Vgl. Karl-Hermann Steinberg. In: Jacobs, Olaf (Hrsg.): Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch. Halle (Saale) 2018, S. 302-325, S. 313.

⁸⁴ Vgl. Jäger, Die Überwindung der Teilung, S. 456.

⁸⁵ Vgl. Grosser, Dieter: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln. Stuttgart 1998, S. 46.

⁸⁶ Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 163.

Umweltministers Karl-Hermann Steinberg bildete die Erstellung des Nationalparkprogrammes, durch das vierzehn Gebiete mit ca. vier Prozent des ehemaligen DDR-Territoriums unter besonderen Schutz gestellt worden sind.⁸⁷ Darunter fielen beispielsweise die Halbinsel Jasmund oder der Müritz-Nationalpark, womit dieser Beschluss die Grundlage für die heutigen Naturnaherholungsgebiete und die damit einhergehende Tourismusbranche wie in Mecklenburg-Vorpommern legte. Die Vorlage wurde schließlich mit der Nationalparkverordnung vom 12. September 1990 durch den Ministerrat auf den Weg gebracht.⁸⁸

Für das Umwelt- wie auch für das Verteidigungsministerium stellte außerdem die Sowjetarmee mit ihren rund 1.500 Liegenschaften auf etwa drei Prozent der Fläche der DDR ein ernst zunehmendes Problem dar.⁸⁹ Denn auf den von ihr genutzten Gebieten kam es zu schweren Fällen von Umweltbelastungen durch das unsachgemäße Entsorgen von Munition und Öl durch die Truppen.⁹⁰ Ein Bericht des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit vom 23. Mai listete erstmals jene durch die Armee der UdSSR verursachten ökologischen Schäden inklusive der negativen Folgen auf, die bis dahin der Öffentlichkeit vorenthalten worden waren.⁹¹ Im gleichen Monat hieß es in dem Bericht zur Lage in den Bezirken für den Ministerrat, dass die sowjetischen Streitkräfte zum wiederholten Male große Mengen Diesel und Öl in eine Kläranlage leiteten, wodurch sie außer Kraft gesetzt wurde. Gleichzeitig soll es laut dem Bericht zu starker Kerosinversuchung an den Abfüllanlagen der von ihr betriebenen Flugplätze gekommen sein.⁹² Diesem Problem nahm sich auch der neue Minister für Abrüstung und Verteidigung Rainer Eppelmann an, der extra auf den neuen Namenszusatz der „Abrüstung“ in seinem Ressort bestanden hatte, um die Friedfertigkeit seines

⁸⁷ Vgl. Karl-Hermann Steinberg. In: Jacobs, Olaf (Hrsg.): Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch. Halle (Saale) 2018, S. 302-325, S. 317.

⁸⁸ Vgl. Beschluss zu den Verordnungen über die Festsetzung von Nationalparks sowie von Naturschutzgebieten und Landschaftsschutzgebieten von zentraler Bedeutung als Biosphärenreservate und Naturparks vom 12. September 1990, S. 4. In: Ministerrat der DDR. Beschluss- und Sitzungsreihe. Sitzungen des Plenums des Ministerates. 12. Regierung vom 12. April 1990 bis 2. Oktober 1990. (http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/DC20-I-3-20614/mets/DC20I3_3063/index.htm?target=midosaFraContent&backlink=/DC20-I-3-20614/index.htm-kid-37b77cd5-7cf3-4667-9149-31cae3021a31&sign=DC%2020-I/3/3063#4. Zuletzt abgerufen: 10.06.2021).

⁸⁹ Vgl. Kowalcuk, Ilko-Sascha: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde. München 2019, S. 132.

⁹⁰ Vgl. Ebenda, S. 133f.

⁹¹ Vgl. Information über Umweltprobleme durch die Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR. (<https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/Umweltprobleme-SowjetTruppen.pdf>). Zuletzt abgerufen: 20.04.2021).

⁹² Vgl. Dokument 10. Nachrichtenabteilung des Regierungssprechers. Einschätzung der Lage in den Bezirken am 7.05.1990. In: Jaskułowski, Tytus (Hrsg.): Nachrichten aus einem Land das doch existiert. Lageberichte aus den Bezirken für die letzte DDR-Regierung 1990. Berlin 2010, S. 104-108, S. 108.

Ministeriums in den Vordergrund zu stellen.⁹³ Auf einem Gipfeltreffen der Warschauer Vertragsstaaten am 14. Juni in Straußberg bei Berlin nutzte Eppelmann die Gelegenheit, um mit seinem Amtskollegen, dem sowjetischen Verteidigungsminister Dmitri Jasow, über die durch die Sowjetunion verursachten Umweltschäden und deren negative Folgen der über vierzigjährigen Besatzungszeit der Sowjetarmee in der DDR zu sprechen. Es entwickelte sich daraufhin eine hitzige Auseinandersetzung zwischen den beiden, da der Marschall der Sowjetunion sich weigerte, über diese Probleme zu diskutieren und erbost darüber war, dass der Pfarrer aus Ost-Berlin diese ihm gegenüber überhaupt zur Sprache brachte. Offenbar hatte vorher kein DDR-Politiker etwas Vergleichbares gewagt. Jasow verließ, nachdem sein deutscher Kollege nicht davon ablassen wollte, wutentbrannt den Raum und erinnerte ihn noch einmal subtil daran, nicht zu vergessen, wer den Zweiten Weltkrieg verloren hatte.⁹⁴ Dieser Fall zeigt zum einen, mit welchem neuen Selbstverständnis die Minister nun gegenüber ihrem zuvor engstem Verbündeten auftraten, zum anderen aber auch, wie schwierig es für die Seite der Sowjetunion war, die neuen Konstellationen zu akzeptieren.

Neben den Umweltschäden oblagen dem Minister für Abrüstung und Verteidigung, Rainer Eppelmann, vor allem die militärischen Fragen auf dem Weg zur deutschen Einheit. Es war eine besondere Situation, dass der einstige Waffendienstverweigerer, der im Militärgefängnis gesessen hatte, nun der Oberbefehlshaber der alten Garde von Generälen und Offizieren der NVA wurde, die fast alle ehemals treue SED-Genossen gewesen sind.⁹⁵ Seine Aufgabe bestand darin, die Sicherheitsorgane an das bundesdeutsche Vorbild anzupassen. Die Auflösung großer Verbände der Nationalen Volksarmee und ihrer Waffenarsenale sowie der Austritt aus dem Warschauer Vertrag war die Konsequenz aus dem Wunsch zur Vereinigung mit der Bundesrepublik. Aufgrund der radikalen Reformen fühlten sich Teile des alten Offizierskorps jedoch verunsichert und fürchteten um ihre Zukunft. Rainer Eppelmann verstand es, diese Ängste ernst zu nehmen, machte aber zugleich klar, dass die NVA im Kern keine Zukunft mehr haben würde.⁹⁶ Um jene Herausforderung bewerkstelligen zu können und das Vertrauen der Soldaten zu gewinnen, ernannte der neue Minister seinen Vorgänger im Amt, Admiral Theodor Hoffmann, zum ranghöchsten

⁹³ Vgl. Eppelmann, Rainer: Fremd im eigenen Haus. Mein Leben im anderen Deutschland. Köln 1993, S. 387.

⁹⁴ Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 165.

⁹⁵ Vgl. Ebenda, S. 45.

⁹⁶ Vgl. Ebenda, S. 187.

Soldaten und Chef der NVA, womit dieser gleichzeitig zum wichtigsten Berater im Ministerium avancierte.⁹⁷ Neben dieser Unterstützung stellte der damalige Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg auch einen Mitarbeiter direkt an Rainer Eppelmann zur Verfügung, der allerdings nach kurzer Zeit wegen eines Vertrauensmissbrauchs von seinem Dienst freigestellt wurde.⁹⁸ Im Unterschied hierzu verhielt sich der vormalige Verteidigungsminister Hoffmann trotz anfänglicher Zweifel auf beiden Seiten stets loyal und half seinem Vorgesetzten Rainer Eppelmann engagiert bei der sozialverträglichen Reduzierung der Streitkräfte.⁹⁹ Diese Verkleinerung der Armee auf dem Weg zur Vereinigung schien notwendig, da allen Beteiligten bewusst war, dass es zukünftig keine zwei so starken deutschen Armeen brauchen würde.

Die Pläne des Pfarrers aus Ost-Berlin sahen vor, dass die NVA auch nach der Einheit als zweite deutsche Armee ohne eine Bündniszugehörigkeit im Osten Deutschlands bestehen bleiben sollte.¹⁰⁰ Er rechnete ebenso wie Lothar de Maizière damit, dass die Volksarmee noch einige Jahre erhalten werden könne – allerdings hatten beide unterschiedliche Vorstellungen davon, wie eine solche Übergangsphase auszusehen hatte. Der Ministerpräsident glaubte, dass die DDR noch länger existieren würde und es deshalb die Armee auch weiterhin bräuchte. Auch aus Gründen der Sicherheit hatte der Regierungschef ein Interesse daran, den Kern der Armee zu erhalten, da eine sofortige Auflösung zu schwierigen innenpolitischen Verhältnissen hätte führen können und weiterhin die Gefahr beinhaltet hätte, dass entlassene Offiziere und Unteroffiziere zu einem Faktor der Instabilität geworden wären.¹⁰¹ Später wollte der CDU-Vorsitzende außerdem eine möglichst hohe Zahl der NVA-Angehörigen in die Bundeswehr übernehmen, da er der Auffassung war, dass von einer gelungenen Integration aller Ostdeutschen in den Arbeitsprozess der Bundesrepublik auch der Erfolg des gesamten Einheitsprojektes abhängig sei.¹⁰² Eppelmann hingegen strebte ein Fortbestehen der NVA auch nach der Vereinigung

⁹⁷ Vgl. Ablaß, Werner E.: Zapfenstreich. Von der NVA zur Bundeswehr. Düsseldorf 1992, S. 33.

⁹⁸ Vgl. Rainer Eppelmann. In: Jacobs, Olaf (Hrsg.): Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch. Halle (Saale) 2018, S. 129-154, S. 144.

⁹⁹ Vgl. Ehlert, Hans: Von der Wende zur Einheit. Ein sicherheitspolitischer Rückblick auf das letzte Jahr der Nationalen Volksarmee. In: Ehlert, Hans (Hrsg.): Armee ohne Zukunft. Das Ende der NVA und die deutsche Einheit. Zeitzeugenberichte und Dokumente. 2. Aufl., Berlin 2002, S. 1-73, S. 22f.

¹⁰⁰ Vgl. Ebenda, S. 29.

¹⁰¹ Vgl. Dokument Nr. 244. Gespräch des Ministerialdirektors Teltschik mit Ministerpräsident de Maizière und Minister Reichenbach. Berlin (Ost), 16. April 1990. In: Küsters, Hanns Jürgen/ Hofmann, Daniel (Hrsg.): Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. München 1998, S. 1011-1012, S. 1011.

¹⁰² Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 189.

mit der Bundesrepublik an.¹⁰³ Als jedoch auch ihm die Übernahme einer möglichst großen Zahl von Soldaten und Offizieren in die Bundeswehr, für die er sich einsetzte, nicht mehr realisierbar schien, und das obwohl der Minister wesentlich länger als de Maizière am Erhalt der Streitkr  te festhielt, baute Eppelmann schließlich ebenfalls auf sozialverträgliche Lösungen für diejenigen, die ihren Dienst beenden mussten.¹⁰⁴ So erhielt jeder Soldat, der die NVA freiwillig verließ, 5.000 Mark Übergangsgeld auf die Hand, um in sein neues Leben starten zu können.¹⁰⁵

Am 7. September erlies Eppelmann den Befehl zur Entlassung der weiblichen Armeeangehörigen der NVA mit der Wirkung vom 30. September.¹⁰⁶ Dieser Schritt war notwendig, da die Bundesrepublik zu diesem Zeitpunkt noch keine Frauen als Waffenträger kannte und die Konformität zur Bundeswehr hergestellt werden musste. Etwa zwei Wochen später, am 24. September, erfolgte die Unterzeichnung zum Austritt der DDR aus dem Warschauer Vertrag, wodurch das Land zwar zunächst seine B  ndnisfreiheit erhielt, sich daraus jedoch auch die Möglichkeit einer NATO-Mitgliedschaft ergab.¹⁰⁷ Darüber hinaus befahl der Minister wenige Tage zuvor bereits die Auflösung der Grenztruppen, die in einem vereinten Deutschland nicht mehr gebraucht wurden.¹⁰⁸ Es galt außerdem zu klären, was mit dem alten Kriegsgerät der NVA passieren sollte, dessen vollständiger Austausch noch organisiert werden musste.¹⁰⁹ Alle eingesammelten Waffen der ehemaligen Staatssicherheit, der Kampfgruppen, des Grenzschutzes, des Innenministeriums und der NVA wurden von der Volksarmee in Garagen eingelagert und von Offizieren bewacht, sodass trotz der ungeheuren Zahl an gefährlichem Kriegsgerät kein Diebstahl zu verzeichnen war.¹¹⁰

¹⁰³ Vgl. D  rr, Torsten: Die Nationale Volksarmee im Beitrittsprozess zur BRD. Eine Studie zur Demokratiekonformit  t und militärischen Effizienz der Armee der DDR. München 2009, S. 68.

¹⁰⁴ Vgl. Ablaß, Zapfenstreich, S. 41.

¹⁰⁵ Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 189.

¹⁰⁶ Vgl. Befehl Nr. 41/90 des Ministers für Abrüstung und Verteidigung über die Beendigung der Dienstverh  tisse der weiblichen Armeeangehörigen in der NVA vom 7. September 1990. In: Ehlert, Hans (Hrsg.): Armee ohne Zukunft. Das Ende der NVA und die deutsche Einheit. Zeitzeugenberichte und Dokumente. 2. Aufl., Berlin 2002, S. 483.

¹⁰⁷ Vgl. Dokument Nr. 55. Protokoll vom 24. September 1990 über die Herauslösung der Truppen der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik aus den Vereinigten Streitkr  ten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages. In: Kaiser, Karl: Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte. Mit den wichtigen Dokumenten. Bergisch Gladbach 1991, S. 280-282.

¹⁰⁸ Vgl. Befehl Nr. 49/90 des Ministers für Abrüstung und Verteidigung über die Auflösung der Grenztruppen der DDR vom 21. September 1990. (<https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/Privatarchiv-Ablass-Befehl49.pdf>. Zuletzt abgerufen: 20.04.2021).

¹⁰⁹ Vgl. Rainer Eppelmann. In: Jacobs, Olaf (Hrsg.): Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch. Halle (Saale) 2018, S. 129-154, S. 149.

¹¹⁰ Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 191f.

Um zumindest einem Teil der Mitarbeiter einen Arbeitsplatz zu sichern, hatte Eppelmann eigentlich geplant, dass vor der Einheit 40.000 Mann aus dem Bereich des Verteidigungsministeriums vom Ministerium des Innern übernommen werden, was schlussendlich aber nur für 4.000 Mitarbeiter zutraf.¹¹¹ Am Ende der DDR konnten ca. 88.000 Soldaten und Offiziere in die Bundeswehr übernommen werden.¹¹² Aus der von ihm geplanten Übernahme von 15.000 Offizieren aus der NVA in die Bundeswehr blieben schlussendlich nur noch 11.000, da sich die Bundesrepublik nicht auf mehr einlassen wollte.¹¹³

Abschließend bleibt festzuhalten, dass es sich am 3. Oktober insgesamt um eine reibungslose Übergabe der NVA an die Bundeswehr handelte, die vor allem ein Verdienst der militärischen und politischen Führung in Straußberg war. Es ist beachtenswert, dass ausgerechnet die alte militärische Spitze durch ihre Mitarbeit einen maßgeblichen Anteil am Vollzug der Einheit besaß. Die neuen Politiker hingegen konnten ihre Versprechen in Teilen nicht halten, da schließlich deutlich mehr Soldaten und Offiziere entlassen wurden, als vorher angekündigt war, obwohl sich sowohl der Minister als auch seine engsten Mitarbeiter sehr darum bemüht hatten, bessere Konditionen für die Armeeangehörigen auszuhandeln.¹¹⁴

Parallel zur Abwicklung der Nationalen Volksarmee mussten auch das alte Polizei- und Justizwesen reformiert und die Überreste des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit beseitigt werden.¹¹⁵ Neben der bloßen Entwaffnung von Grenzpolizei und Kampfgruppen stand der neue Innenminister Peter-Michael Diestel einerseits vor der Herausforderung, die demokratische Umgestaltung der Strukturen im Bereich der Polizei, des Zolls und des Strafvollzuges zu organisieren und andererseits die Auflösung der Nachfolgebehörde der ehemaligen Staatssicherheit, AfNS, zu kontrollieren, um auch für sein Ressort die Angleichung an das Recht und die Strukturen der Bundesrepublik bis zum Tag der Vereinigung zu gewährleisten.¹¹⁶ Ebenso wie viele seiner Kollegen bekam auch Diestel westdeutsche Experten durch

¹¹¹ Vgl. Ablaß, Zapfenstreich, S. 51.

¹¹² Vgl. Neubert, Unsere Revolution, S. 408.

¹¹³ Vgl. Rainer Eppelmann. In: Jacobs, Olaf (Hrsg.): Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch. Halle (Saale) 2018, S. 129-154, S. 140.

¹¹⁴ Vgl. Ehlert, Hans: Von der Wende zur Einheit. Ein sicherheitspolitischer Rückblick auf das letzte Jahr der Nationalen Volksarmee. In: Ehlert, Hans (Hrsg.): Armee ohne Zukunft. Das Ende der NVA und die deutsche Einheit. Zeitzeugenberichte und Dokumente. 2. Aufl., Berlin 2002, S. 1-73, S. 59.

¹¹⁵ Vgl. Jäger, Die Überwindung der Teilung, S. 441.

¹¹⁶ Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 197.

den damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble als Berater zur Verfügung gestellt.¹¹⁷ Gleichzeitig schickte der DSU-Politiker allerdings ebenfalls dutzende Polizeigeneräle aus der DDR in Bussen nach München, damit sie sich dort mit bundesdeutschen Strategen austauschen konnten, um zu lernen, wie moderne Polizeiarbeit in einem demokratischen Rechtsstaat aussehen kann. Doch trotz der vielen Schulungen kam es auch zu harten personellen Veränderungen sowohl im Innenministerium als auch in der Polizei selbst. Aus einer Pressemitteilung des MdI zu den Personalveränderungen geht hervor, dass mit Stand vom 30. April 1990 bereits 4.295 Mitarbeiter der Polizei und der anderen Organe des Innenministeriums, darunter zwanzig Generäle, entlassen und drei der Stellvertreter des Ministers von ihrer Funktion entbunden worden waren. Des Weiteren erfolgten im Ministerium selbst 196 Entlassungen, was unter anderem dreizehn Abteilungsleiter und zwanzig weitere leitende Mitarbeiter betraf. Von den Leitern der Volkspolizeikreisämter seien bis zu diesem Zeitpunkt demnach 39 entlassen oder von ihrer Funktion entbunden worden.¹¹⁸ Über die Veränderungen in der Polizei hinaus war der Rechtsanwalt Diestel außerdem an der Reform des Justizwesens beteiligt, da unter anderem die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit zu seinen Aufgaben zählte. Diese Rechtsreform galt nicht zuletzt auch als notwendige Voraussetzung für die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der Bundesrepublik.¹¹⁹

Für die Umgestaltung der bisherigen zentralistischen Verwaltung hin zu einem föderalen Staatsaufbau mit starken Kommunen war Manfred Preiß und sein neu geschaffenes Ministerium für Regionale und Kommunale Angelegenheiten zuständig. Die Herausforderung bestand darin, die Strukturen der DDR so zu verändern, dass Bundesländer entstehen konnten, die eine wichtige Voraussetzung auf dem Weg in Richtung Einheit darstellten. Doch bevor es zu einer Wiedereinführung der Länder kam, mussten zunächst die Kommunen von der zentralistischen Anleitung befreit werden. Als ersten Schritt dorthin brachte der Minister am 10. Mai 1990 das Gesetz über die Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise in der DDR in die Volks-

¹¹⁷ Vgl. Peter-Michael Diestel. In: Jacobs, Olaf (Hrsg.): Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch. Halle (Saale) 2018, S. 77-99, S. 87.

¹¹⁸ Vgl. Pressemitteilung zu Personalveränderungen im Ministerium des Innern mit Stand vom 30. April 1990. (<https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/barch-do1-10532-pm.pdf>). Zuletzt abgerufen: 20.04.2021).

¹¹⁹ Vgl. Jäger, Die Überwindung der Teilung, S. 442.

kammer ein, welches erstmals eine Kommunalverfassung etablierte.¹²⁰ Die Dörfer, Städte und Kreise wurden so in die Lage versetzt, sich von nun an selbst zu verwalten, indem sie unter anderem ihre finanzielle Eigenständigkeit erhielten. Hierbei bestand allerdings das Problem, dass sie zunächst keine Einnahmen generierten, weshalb sie nach dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion an den Finanztropf der Bundesrepublik gehängt werden mussten. Bonn bezahlte somit fortan auch die Gehälter der kommunalen Angestellten im Nachbarland. Auf diese Weise wurde nicht nur eine erste für die Einheit erforderliche rechtliche Kompatibilität im Bereich der Verwaltung hergestellt, sondern gleichzeitig die Kommunen von der strukturellen Abhängigkeit der DDR in die finanzielle Abhängigkeit von der Bundesrepublik überführt.¹²¹ Dieser Rückzug des Zentralstaates im sozialen und kulturellen Bereich bei gleichzeitigem Fehlen der Länderebene und der Abwicklung der Bezirkebene führte allerdings zu weiteren Kompetenz- und Finanzierungsstreitigkeiten. Denn die Bezirksräte, die am 31. Mai aufgelöst und neu eingesetzt worden waren, unterstanden nun den von der Regierung ernannten Landessprechern. Dabei handelte es sich zumeist um Mitglieder der Volkskammer, die die Verantwortung für ein in Gründung befindliches Bundesland übernahmen. In der Folge entfernten sich die kommunale und zentralstaatliche Ebene immer stärker voneinander, was zu einer größeren Aufgabenfülle für die Gemeinden führte, die vormals kaum eine Rolle gespielt hatten, da sie oft über eine sehr geringe Größe und außerdem nur wenig Personal verfügten.¹²² Am 17. Mai beschloss die Volkskammer das Ende der Legislaturperiode der Bezirkstage mit Wirkung vom 31. Mai.¹²³ Gleichzeitig wurde die Regierung vom Parlament beauftragt, als Ersatz bis zur Länderbildung sogenannte Regierungsbevollmächtigte zu ernennen, was am 6. Juni auf Vorschlag der Volkskammer-Mehrheit für jeden Bezirk erfolgte.¹²⁴

Das wohl wichtigste Vorhaben von Manfred Preiß stellte die Gründung der neuen Bundesländer im Gebiet der DDR dar. Doch die Anzahl derer war lange nicht klar, weshalb hart um diese Frage gerungen wurde. Der Minister plante zunächst die

¹²⁰ Vgl. Maizière, Lothar de: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit. 2. Auflage, Freiburg 2010, S. 178.

¹²¹ Vgl. Jäger, Die Überwindung der Teilung, S. 454f.

¹²² Vgl. Ebenda, S. 456f.

¹²³ Vgl. Beschluss der Volkskammer zur Beendigung der Legislaturperiode der Bezirkstage. (https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/BArch_DO-5_153_VK-Beschluss.pdf. Zuletzt abgerufen: 20.04.2021).

¹²⁴ Vgl. Lindenberger, Thomas: Der lange Sommer einer kurzen Demokratie. Die DDR zwischen Wende und Vereinigung. In: Henke, Klaus-Dietmar (Hrsg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte. München 2009, S. 343-352, S. 349.

Errichtung von drei Ländern, jedoch lagen seinem Haus bald schon Vorschläge auf dem Tisch, in denen die Zahl der zu errichtenden Föderalstaaten von zwei bis elf reichte. Weitere Probleme stellten nach der Aussage von Preiß die Hauptstadtfrage und die Struktur der neuen Gebilde dar, also die Frage, wie zu handeln sei, wenn gewisse Gemeinden zu einem anderen Bundesland gehören wollten, als vorgesehen.¹²⁵ Die vielen Vorschläge und hitzigen Diskussionen rund um jenes Thema beruhten darauf, dass die Bevölkerung ihre neuen Bundesländer nach regionalen Identitäten und historischen Gegebenheiten gegliedert sehen wollte, während die Volkskammer lediglich die Zusammenlegung der bereits vorhandenen Bezirke und keine Wiedererrichtung der Gebiete in den Grenzen von 1952 anstrebte. In der ganzen Republik formierte sich daher Protest. So wurden nicht nur die Gründung der Länder Vorpommern und Niederschlesien mit ihren jeweiligen Hauptstädten Greifswald und Görlitz gefordert, sondern auch die Unabhängigkeit der freien Städte Rostock und Leipzig ins Gespräch gebracht sowie die Lausitz von den Sorben als eigenes föderales Gebilde beansprucht.¹²⁶ Am Ende setzte sich auch auf Druck der Mehrheit der Bevölkerung die Fünf-Länder-Lösung durch. Die Grundlage dafür bildetet das am 22. Juli von der Volkskammer beschlossene Ländereinführungsgesetz, welches fünf neue Bundesländer auf dem Gebiet der DDR mit Wirkung vom 14. Oktober 1990 errichtete.¹²⁷ Manfred Preiß glaubte hingegen nicht, dass diese wirtschaftlich tragfähig sein würden und hätte daher eher eine geringere Zahl mit ökonomisch stabileren Verhältnissen bevorzugt. Seiner Meinung nach war die Einführung der fünf Länder zwar nicht die richtige Entscheidung, aber immerhin die einzige durchsetzbare gewesen.¹²⁸

Der Vorgang der Ländergründung durch den Beschluss der Volkskammer stellte ein Novum dar. Denn nie zuvor hatte sich ein Zentralstaat freiwillig von oben und ohne Beteiligung seiner Gliedstaaten föderalisiert und in einen Bundesstaat umstrukturiert. Damit hatte die DDR den genau umgekehrten Weg im Vergleich zur Bundesrepublik

¹²⁵ Vgl. Manfred Preiß. In: Jacobs, Olaf (Hrsg.): Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch. Halle (Saale) 2018, S. 155-171, S. 161f.

¹²⁶ Vgl. Neubert, Unsere Revolution, S. 406.

¹²⁷ Vgl. Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik – Ländereinführungsgesetz – vom 22. Juli 1990. In: Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Stuttgart 1991, S. 315-323, S. 315.

¹²⁸ Vgl. Manfred Preiß. In: Jacobs, Olaf (Hrsg.): Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch. Halle (Saale) 2018, S. 155-171, S. 156.

beschritten, die einst auf Grundlage ihrer Länder gegründet worden war.¹²⁹ Von den Reformen des Ministeriums für Regionale und Kommunale Angelegenheiten ist im Einigungsvertrag und -prozess am Ende nur erhalten geblieben, was für die Eingliederung ins bundesdeutsche Verfassungssystem erforderlich war. Dazu zählten die territoriale Neugliederung inklusive der zweiten Phase der Bürgerbefragung zur Zugehörigkeit, der Übergang von Personal und Einrichtungen von der Republik auf die neuen Länder und die Bestimmungen zur Landtagsbildung und deren Wahlen am 14. Oktober 1990.¹³⁰

Im Sinne eines Zwischenfazits bleibt festzuhalten, dass mit dem Amtsantritt der neuen Regierung auf Basis einer demokratischen Volkskammerwahl, einer ersten Analyse der Herausforderungen im Inneren und anfänglichen Weichenstellungen der Kurs auf das Erreichen der deutschen Einheit gesetzt wurde. Doch während die Regierung zu Beginn vor allem die Prämisse „so schnell wie möglich“ aus der Erklärung de Maizières in den Vordergrund stellte, sollte fortan ein weiterer Maßstab das politische Handeln der Akteure entscheidend prägen.

3 „Rahmenbedingungen so gut wie nötig“ – Deutsch-deutsche Verträge und Abwicklung der DDR

3.1 Zwischen Erstem Staatsvertrag und Wirtschaftskrise

Mit dem wichtigen Sieg für die CDU bei den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 wurde der eingeschlagene Kurs der DDR-Regierung von den Wählern bestätigt.¹³¹ Ein Grund für den Erfolg war sicher auch die Person des Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der CDU, Lothar de Maizière, dem die Bevölkerung des Landes großes Vertrauen entgegenbrachte und ihn als denjenigen verstand, der sich ihrer Probleme annehmen würde. Dieser Umstand führte unter anderem dazu, dass viele Menschen mit ihren Anliegen persönlich zum Regierungschef vordringen wollten, weil sie ihn wohl auch aufgrund seines beruflichen Hintergrundes in der Rolle eines Rechtsanwaltes der kleinen Leute sahen.¹³² Nun oblag es dem Kabinett, den vorgegebenen

¹²⁹ Vgl. Jäger, Die Überwindung der Teilung, S. 463f.

¹³⁰ Vgl. Ebenda, S. 469.

¹³¹ Vgl. Plato, Die Vereinigung Deutschlands, S. 314.; Siehe auch: Jäger, Die Überwindung der Teilung, S. 428.

¹³² Vgl. Ablaß, Zapfenstreich, S. 182.

Weg in Richtung deutsche Einheit konsequent weiter zu verfolgen und inhaltlich auszugestalten, indem die dafür notwendigen Voraussetzungen nicht nur zügig, sondern auch qualitativ hochwertig geschaffen werden mussten. Nachdem die Verhältnisse im Inneren geregelt waren und erste Anstrengungen zur Reformierung des Landes getroffen worden waren, ging es nun darum, gemeinsam mit der Bundesrepublik die bestmöglichen Rahmenbedingungen auszuhandeln, die sich schlussendlich in den beiden deutsch-deutschen Staatsverträgen niederschlugen und die Grundlage für die spätere Vereinigung bildeten. Parallel dazu galt es außerdem, der wirtschaftlichen Krise des Landes zu begegnen und die Abwicklung der DDR zu vollziehen.

Einen vorschnellen Sprung in die deutsche Einheit befürwortete Lothar de Maizière hingegen nicht, weshalb er es auch ablehnte, als die DSU am 17. Juni 1990 ohne Absprache mit dem Ministerpräsidenten den Antrag auf sofortigen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik in der Volkskammer stellte. An diesem Tag, der aufgrund des Volksaufstandes von 1953 im anderen Teil Deutschlands bis dahin als Tag der Deutschen Einheit begangen wurde, war deshalb auch Bundeskanzler Helmut Kohl in Ost-Berlin zu Gast und verfolgte ebenfalls gespannt die Parlamentsdebatte. De Maizière ergriff das Wort und mahnte einen überstürzten Beitritt ebenso an wie die Tatsache, dass damit auf einem Schlag 380.000 Sowjetsoldaten ohne jegliche Regelung auf NATO-Territorium stehen würden und dies zu einer handfesten Eskalation führen könnte. Mit dieser Argumentation setzte er sich schließlich durch, womit der Antrag in den zuständigen Ausschuss der Volkskammer verwiesen wurde.¹³³

Am selben Tag beschloss das Parlament außerdem das sogenannte Verfassungsgrundsätzegesetz, welches bestimmte freiheitliche und demokratische Prinzipien an den Anfang der alten DDR-Verfassung setzte. Konkret bedeutet dies, dass die DDR als freiheitlicher, demokratischer, föderativer, sozialer und ökologischer Rechtsstaat definiert und unter anderem die Gewährleistung von Eigentum, wirtschaftlicher Handlungsfreiheit und unabhängiger Rechtsprechung sowie der Schutz der Umwelt und der Arbeit festgeschrieben wurde.¹³⁴ Darüber hinaus besaßen alle dem entgegenstehenden Verfassungsgrundsätze keine Rechtsgültigkeit mehr, wie der folgende Auszug zeigt: „Vorschriften der Verfassung und sonstiger Rechtsvorschriften sind

¹³³ Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 87.

¹³⁴ Vgl. Bästlein, Klaus: Ein neues Deutschland. Die Herstellung der Einheit 1990. In: Bästlein, Klaus (Hrsg.): Die Einheit. Juristische Hintergründe und Probleme. Deutschland im Jahr 1990. Berlin 2011, S. 5-20, S. 13f.

entsprechend diesem Verfassungsgesetz anzuwenden. Bestimmungen in Rechtsvorschriften, die den Einzelnen oder Organe der staatlichen Gewalt auf die sozialistische Staats- und Rechtsordnung, auf das Prinzip des demokratischen Zentralismus, auf die sozialistische Gesetzlichkeit, das sozialistische Rechtsbewußtsein oder die Anschauungen einzelner Bevölkerungsgruppen oder Parteien verpflichten, sind aufgehoben.“ Als weiterer wichtiger Punkt wurde außerdem festgelegt: „Die Deutsche Demokratische Republik kann durch Verfassungsgesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen und Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland übertragen oder in die Beschränkung von Hoheitsrechten einwilligen.“¹³⁵ Dieser Absatz galt als eine wichtige Voraussetzung für den Abschluss der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, da die DDR mit diesem Vertrag, ihre Hoheitsrechte beispielsweise über die Währungspolitik oder die Sozialsysteme abgab und sie dafür zunächst selbst die rechtlichen Grundlagen legen musste, was hiermit getan worden ist.

Das Hauptaugenmerk des Regierungschefs und seines engsten Mitarbeiters galt in dieser Zeit eben jenen Verhandlungen mit der Bundesrepublik. In seiner Funktion als parlamentarischer Staatssekretär im Amt des Ministerpräsidenten und Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Volkskammer war Günther Krause direkt für die deutsch-deutschen Verhandlungen zuständig.¹³⁶ Diese waren nicht beim Außenministerium unter Markus Meckel angesiedelt, da Ministerpräsident Lothar de Maizière eine so wichtige Angelegenheit lieber in eigener Regie wissen wollte, anstatt sie den Sozialdemokraten zu überlassen. Zu den beiden zentralen Aufgaben des Diplom-Ingenieurs während der Amtszeit der letzten DDR-Regierung gehörten die Aushandlung zweier Staatsverträge, dem Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und dem Einigungsvertrag, mit der Bundesrepublik Deutschland.

Schon vor Amtsantritt der Regierung de Maizière verlangte die Bundesregierung schnelle Verhandlungen über eine Wirtschafts- und Währungsunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR, um die Massenflucht der ostdeutschen Bevölkerung nach Westdeutschland zu stoppen. Als größter Streitpunkt in diesen Verhandlungen stellte sich schnell der Umtauschkurs von Mark der DDR zur D-Mark heraus.

¹³⁵ Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 17. Juni 1990. In: Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Stuttgart 1991, S. 27-29, S. 27ff.

¹³⁶ Vgl. Ludewig, Unternehmen Wiedervereinigung, S. 32.

Während die Bundesregierung mit der Stabilität der D-Mark argumentierte, mahnte Ost-Berlin gleichzeitig die Anrechnung der Lebensleistung von Millionen DDR-Bürgern an. Aufgrund von Befürchtungen um massenhafte Arbeitslosigkeit forderte die Regierung de Maizière außerdem den Vertrag um eine Sozialunion zu erweitern. Damit sollten nach der Währungsumstellung auch die Transferleistungen umgestellt und an Mindeststandards angepasst werden, um die tiefgreifenden ökonomischen Veränderungen sozialpolitisch abzufedern.¹³⁷ Als Ende März 1990 Empfehlungen der Bundesbank für einen Umtauschkurs von zwei 2 zu 1 bekannt wurde, kam es zu massenhaftem Protest seitens der Bevölkerung in der DDR aber auch ihrer Regierung.¹³⁸ Es bestand die große Angst vieler Menschen vor Existenzverlust. Vor allem die Älteren fürchteten, dass ihre Renten schon bald nicht mehr zum Leben reichen würden. Nach zähen Verhandlungen einigten sich die beiden Staaten schließlich auf einen Umtauschkurs, der die Interessen der Bevölkerung der DDR berücksichtigte.¹³⁹ Somit lässt sich festhalten, dass die Masse der DDR-Bevölkerung quasi durch Protest den Kurs zur Währungsumstellung von 1 zu 1 diktieren, als unter anderem am 5. April 100.000 Menschen in Berlin und weitere zehntausende in den Bezirksstädten der Republik für eine solche Umrechnung demonstrierten.¹⁴⁰

Doch nicht nur der Druck der Straße ebnete den Weg dorthin. Nachdem der erste Verhandlungsentwurf Ende April von der Bundesregierung vorgelegt wurde, brachte Verhandlungsführer Hans Tietmeyer sogar einen Umtauschkurs von 10 zu 1 ins Gespräch, den sein Gegenüber Günther Krause jedoch strikt ablehnte. Stattdessen führte er eine Warenkorbberechnung durch, die veranschaulichte, wie viel Geld eine Person mindestens zum Leben benötige.¹⁴¹ Auf diese Weise leitete er eine Minimalrente ab, die sich schlussendlich auf 495 D-Mark in der DDR belief und der damit bisherige Satz in Höhe von 335 Mark im Verhältnis 1 zu 1,5 D-Mark getauscht wurde.¹⁴² Und all das obwohl die Bundesregierung sich lange strikt gegen eine Mindestrente ausgesprochen hatte.¹⁴³ Letztendlich war der Wechselkurs allerdings keine wirtschaftliche, sondern im Wesentlichen eine politische Entscheidung des

¹³⁷ Vgl. Rödder, Deutschland einig Vaterland, S. 291.

¹³⁸ Vgl. Ludewig, Johannes: Unternehmen Wiedervereinigung. Von Planern, Machern, Visionären. 2. Auflage, Hamburg 2015, S. 53.

¹³⁹ Vgl. Grosser, Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, S. 287.

¹⁴⁰ Vgl. Neubert, Unsere Revolution, S. 386.

¹⁴¹ Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 99ff.

¹⁴² Vgl. Ritter, Gerhard A.: Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats. München 2006, S. 218.

¹⁴³ Vgl. Ritter, Wir sind das Volk! Wir sind ein Volk!, S. 59.

damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl, der öffentlich erklärte, dass seine Kriegskassen voll seien und dabei sicherlich auch schon an die bevorstehende gesamtdeutsche Bundestagswahl dachte. Trotzdem werden laut Lothar de Maizière die weit überdurchschnittlichen Leistungen Günther Krauses in dieser Zeit bis heute nicht ausreichend gewürdig.¹⁴⁴ Neben dem Erfolg des Wechselkurses gelang es ihm außerdem in besonderem Maße, die soziale Frage im Rahmen der Verhandlungen zu forcieren.

Am 18. Mai 1990 unterschrieben die Finanzminister beider Staaten schließlich den Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, sodass er am 1. Juli des gleichen Jahres in Kraft treten konnte. Ab diesem Tag wurde die Deutsche Mark alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel in der DDR, während zeitgleich die Umstellung von Löhnen, Gehältern, Renten und Mieten im Verhältnis 1 zu 1 erfolgte.¹⁴⁵ Außerdem konnten Sparguthaben und Bargeld von Kindern bis 14 Jahren im Wert von 2.000 Mark, von 15 bis 59-jährigen bis zu 4.000 Mark und von über 60jährigen bis zu einer Größenordnung von 6.000 Mark 1 zu 1 getauscht werden. Jegliches weiteres Sparvermögen hatte einen grundsätzlichen Kurs von 2 zu 1.¹⁴⁶ Laut Verhandlungsführer Günther Krause wurde damit zwar offiziell 2 zu 1 getauscht, 90 Prozent des Geldes allerdings konnten 1 zu 1 umgestellt werden.¹⁴⁷ Darüber hinaus bildeten beide deutsche Staaten nun eine „[...] Währungsunion mit einem einheitlichen Währungsgebiet und der Deutschen Mark als gemeinsamer Währung. [...] Grundlage der Wirtschaftsunion ist die Soziale Marktwirtschaft als gemeinsame Wirtschaftsordnung [...].“¹⁴⁸ Der Wechselkurs von 1 zu 1 spiegelte den tatsächlichen Abstand der Arbeitsproduktivität zwischen den Währungsgebieten in West und Ost nicht wider, der sich eher auf 4 zu 1 belief. Dies hatte zur Folge, dass die Währungsunion wie eine Aufwertung der DDR-Mark wirkte und die DDR-Betriebe in Folge

¹⁴⁴ Vgl. Maizière, Lothar de: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit. 2. Auflage, Freiburg 2010, S. 156.

¹⁴⁵ Vgl. Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. Mai 1990. In: Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Stuttgart 1991, S. 213-276, S. 218.

¹⁴⁶ Vgl. Ebenda, S. 213-276, S. 239f.

¹⁴⁷ Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 101.

¹⁴⁸ Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. Mai 1990. In: Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Stuttgart 1991, S. 213-276, S. 214.

dessen ihre Produkte nicht mehr kostendeckend absetzen konnten.¹⁴⁹ Des Weiteren erfolgte durch den geschlossenen Vertrag die Übernahme des bundesdeutschen Renten- und Sozialsystems sowie der Wirtschafts- und Rechtsordnung. Außerdem wurde festgelegt, dass jegliche Mehrkosten, die aus diesem Vertrag entstehen, von der Bundesrepublik getragen und der defizitäre Staatshaushalt der DDR vom Bundeshaushalt ausgeglichen werden soll. Um diese finanzielle Leistung aufzubringen zu können, gründeten Bund und Länder am 16. Mai den Fonds Deutsche Einheit, der den Wiederaufbau im Osten Deutschlands finanzieren sollte und dafür 115 Milliarden D-Mark bereitstellte.¹⁵⁰ Demzufolge wurden der DDR für das zweite Halbjahr 1990 und das Jahr 1991 63 Milliarden D-Mark zum Haushaltsausgleich vertraglich zugesagt. Gleichzeitig sollten die Gebietskörperschaften in diesem Zeitraum Kredite in Höhe von weiteren 24 Milliarden D-Mark aufnehmen dürfen.¹⁵¹ Damit wird auch deutlich, dass zum Zeitpunkt der Aushandlung eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten frühestens für das Jahr 1991, aber noch nicht für 1990 auf der Agenda stand. Darüber hinaus legte der Vertrag fest, dass das Defizit im Haushalt der DDR durch die Privatisierung der Staatsbetriebe, den Abbau von Subventionen und der Reduzierung der Personalkosten begrenzt bzw. ausgeglichen werden sollte. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden weitere 22 Milliarden D-Mark an Transferleistungen von der Bundesrepublik zugesagt.¹⁵²

Diese großen Summen zur Stützung des maroden Staates waren nötig, da die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion auch zu großen ökonomischen und sozialen Verwerfungen führte. So erhielt Ministerpräsident Lothar de Maizière bereits vorab von einem Institut für Wirtschaftsforschung eine Studie, in der es hieß, dass ein Drittel der DDR-Betriebe bei Einführung der D-Mark sofort schließen müssten, die gleiche Anzahl nur mit größten Schwierigkeiten überlebensfähig sei und der Rest sich nur mit der Hälfte der Beschäftigten im Vergleich zum jetzigen Stand schnell erholen würde.¹⁵³ Der Regierungschef unterschätzte allerdings auch die wirtschaft-

¹⁴⁹ Vgl. Seibel, Wolfgang: Die Herstellung der Wirtschafts- und Währungsunion und die Errichtung der Treuhandanstalt. In: Apelt, Andreas H./ Grünbaum, Robert (Hrsg.): Der Weg zur Deutschen Einheit. Mythen und Legenden. Berlin 2010, S. 71-84, S. 78f.

¹⁵⁰ Vgl. Küsters, Hanns Jürgen: Das Ringen um die deutsche Einheit. Die Regierung Helmut Kohl im Brennpunkt der Entscheidungen 1989/90. Freiburg im Breisgau 2009, S. 271f.

¹⁵¹ Vgl. Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. Mai 1990. In: Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Stuttgart 1991, S. 213-276, S. 227f.

¹⁵² Vgl. Jäger, Die Überwindung der Teilung, S. 448.

¹⁵³ Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 105.

lichen Probleme seines Landes, die mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des sogenannten Ostblocks noch verstärkt wurden, was so kaum vorhersehbar war.¹⁵⁴ Gleichzeitig sind mit Inkrafttreten der Währungsunion die Ersparnisse der Bürger des Landes in Höhe 160 Milliarden Mark, die bis dahin faktisch kaum einen Wert hatten, weil kein Warenangebot dahinterstand, in 120 Milliarden D-Mark Kaufkraft umgewandelt worden.¹⁵⁵ Abschließend bleibt noch festzuhalten, welch bemerkenswert hohes Maß an Rücksichtnahme von Seiten der Bundesregierung in den Verhandlungen auf ostdeutsche Positionen an den Tag gelegt wurde. Als wichtige Beispiele sind hierbei neben dem Umtauschkurs die Höhe der Renten oder die Einführung der sozialen Sicherungen für die DDR-Bürger zu nennen. Dies lag sicher auch an dem hohen Zeitdruck, unter dem beide Regierungen Entscheidungen treffen mussten und der Tatsache, dass Bonn den Eindruck vermeiden wollte, den schwächeren Partner in den Verhandlungen zu überfahren.¹⁵⁶

Die zunehmend desolate wirtschaftliche Lage und die damit zusammenhängende, steigende Arbeitslosigkeit bereiteten der Regierung große Probleme, weshalb die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zu diesem Zeitpunkt schon von vielen herbeigesehnt wurde. Doch mit der Einführung der D-Mark sollte sich die Situation nicht allzu schnell zum Besseren wenden, denn die ersehnte Gleichsetzung der wirtschaftlichen Voraussetzungen in Ost und West führte eher dazu, dass Betriebe aus der Bundesrepublik ihre potentielle Konkurrenz aus der DDR ausschalten wollten, um ihre heimischen Arbeitsplätze zu sichern. Darüber hinaus brach dem Land durch die Währungsumstellung der Export weg, der immerhin 60 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung des ehemaligen Arbeiter- und Bauernstaates ausmachte. Grund dafür war der Verlust der Sowjetunion als wichtiger Handelspartner, die etwa 90 Prozent der von der DDR exportierten Güter erhielt, doch nun wegen der eigenen Staatspleite nicht mehr in der Lage war, die Preise in harter Währung zu zahlen.¹⁵⁷ Auch gegenüber dem westlichen Ausland wurden die Preise der DDR-Produkte durch die Umstellung auf die D-Mark zu teuer, um in der Marktwirtschaft

¹⁵⁴ Vgl. Maiziére, Lothar de: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit. 2. Auflage, Freiburg 2010, S. 174.

¹⁵⁵ Vgl. Maiziére, Lothar de: Anwalt der Einheit. Berlin 1996, S. 95.; Siehe auch: Maiziére, Lothar de: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit. 2. Auflage, Freiburg 2010, S. 174.

¹⁵⁶ Vgl. Bierling, Stephan: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen. München 1999, S. 262.

¹⁵⁷ Vgl. Lothar de Maiziére. In: Jacobs, Olaf (Hrsg.): Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch. Halle (Saale) 2018, S. 48-76, S. 59.

bestehen zu können. Als Beispiel dafür kann die Kupferproduktion im Mansfelder Land herangezogen werden, bei der die Herstellung einer Tonne des begehrten Materials inklusive aller Faktoren wie Energie und Löhne Kosten in Höhe von 135.000 Mark der DDR verursachte, die ab dem 1. Juli 1990 in D-Mark umgerechnet wurden. Da die gleiche Menge auf dem Weltmarkt allerdings nur einen Wert von 11.000 D-Mark besaß, bedeutete dies aufgrund der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit das Ende des Kupferbergbaus in der Region.¹⁵⁸ Die Häufungen solcher Fälle führte zu zahlreichen Entlassungen, weshalb nun erstmals Arbeitsämter in der DDR eingerichtet werden mussten, denn allein bis zum Juli 1990 hatten bereits 250.000 Menschen ihren Beruf verloren.¹⁵⁹ Die Zahl der arbeitslos gemeldeten wuchs bis zum Oktober des Jahres auf über 500.000, während sich gleichzeitig weitere 1,7 Millionen Angestellte in Kurzarbeit befanden, was zumeist ebenfalls faktische Arbeitslosigkeit bedeutete.¹⁶⁰

Neben der Produktion und dem Gewerbe war besonders die Landwirtschaft von den Auswirkungen der neuen ökonomischen Bedingungen betroffen. Für die Belange der über 800.000 Bauern in den etwa 4.000 landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die damit fast zehn Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung ausmachten, war der Minister für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft Peter Pollack verantwortlich.¹⁶¹ Obwohl auch jene Branche mit massiven Herausforderungen zu kämpfen hatte, befand sich die Landwirtschaft im Vergleich zur Industrie noch in einem deutlich besseren Zustand. Dies lag darin begründet, dass sie weitgehend autark funktionierte, weil sie eigene Baubetriebe besaß und auf eine leistungs- und exportstarke Landmaschinenindustrie im Rücken bauen konnte. Darüber hinaus wirtschafteten auch die einzelnen Betriebe, mit ihren für bundesdeutsche Verhältnisse überdurchschnittlich großen Einheiten, weitgehend eigenständig.¹⁶² Die Aufgabe des neuen Ministers bestand darin, die bisherige Überproduktion in der Landwirtschaft zurückzufahren und damit das System zu reformieren, dass auf massenhafte und möglichst hohe Produktion ausgelegt war. Damit strebte er die Entstehung großer wettbewerbsfähiger Betriebe an, die sich auch im Gegensatz zu

¹⁵⁸ Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 142.

¹⁵⁹ Vgl. Kowalcuk, Die Übernahme, S. 54.

¹⁶⁰ Vgl. Rödder, Deutschland einig Vaterland, S. 310.

¹⁶¹ Vgl. Peter Pollack. In: Jacobs, Olaf (Hrsg.): Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch. Halle (Saale) 2018, S. 246-265, S. 247.

¹⁶² Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 149.

den deutlich kleineren Strukturen in der Bundesrepublik am Weltmarkt behaupten sollten.¹⁶³

Denn die Gegebenheiten der bisherigen Massenproduktion führten unter anderem dazu, dass die Landwirtschaft im Jahr 1990 so viel produzierte wie noch nie zuvor, aber gleichzeitig die Abnahme für die Produkte enorm einbrach.¹⁶⁴ Ein Grund dafür war das Zusammenspiel von zu hoher Tierproduktion bei sinkender Zahl der Abnehmer. Ein Phänomen, welches sich zu jener Zeit in allen Bereichen der Wirtschaft wiederfand. Ähnliches galt für die Getreideproduktion, wobei die mangelnden Möglichkeiten der Einlagerung hinzu kamen, wie aus einem Bericht aus den Bezirken an die Regierung des Landes hervorgeht.¹⁶⁵ In Zahlen bedeutete dieser Umstand, dass die DDR pro Jahr etwa sieben Millionen Tonnen Getreide benötigte, 1990 allerdings ca. zwölf Millionen Tonnen produzierte. Aus diesem Grund wurden schließlich fünf Millionen Tonnen Getreide und eine Million Schweine unentgeltlich in die UdSSR exportiert, um die Produkte so vom heimischen Markt abzuziehen.¹⁶⁶ Der Absatz im eigenen Land brach auch deshalb ein, weil nun zusehends bundesdeutsche Produkte den Markt überschwemmten, was ebenfalls zu massiver Kritik der Landwirte am Handel und der Landwirtschaftspolitik der Regierung führte.¹⁶⁷ Ab Mai gab es außerdem erste akute Versorgungsprobleme für bestimmte Produkte, da die DDR-Industrie weiterhin nicht in der Lage war, nach marktwirtschaftlichen Marketingregeln zu agieren und sie somit Wettbewerbsnachteile gegenüber den Produkten aus der Bundesrepublik besaß.¹⁶⁸ Aus einem Bericht der Bezirke an die Regierung vom Juni geht hervor, dass das Angebot des Einzelhandels die Nachfrage nicht decken könne, die Waren des täglichen Bedarfes aber weitestgehend zur Verfügung stünden, wobei die Nachfrage bei Fleisch- und Wurstwaren sowie Hygiene- und

¹⁶³ Vgl. Peter Pollack. In: Jacobs, Olaf (Hrsg.): Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch. Halle (Saale) 2018, S. 246-265, S. 252.

¹⁶⁴ Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 153.

¹⁶⁵ Vgl. Dokument 21. Nachrichtenabteilung des Regierungssprechers. Einschätzung der Lage in den Bezirken vom 16. bis 22. Juli 1990. In: Jaskułowski, Tytus (Hrsg.): Nachrichten aus einem Land das doch existiert. Lageberichte aus den Bezirken für die letzte DDR-Regierung 1990. Berlin 2010, S. 189-196, S. 191f.

¹⁶⁶ Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 155.

¹⁶⁷ Vgl. Dokument 20. Nachrichtenabteilung des Regierungssprechers. Einschätzung der Lage in den Bezirken vom 10.-16. Juli 1990. In: Jaskułowski, Tytus (Hrsg.): Nachrichten aus einem Land das doch existiert. Lageberichte aus den Bezirken für die letzte DDR-Regierung 1990. Berlin 2010, S. 181-188, S. 184.

¹⁶⁸ Vgl. Jaskułowski, Tytus: Die innenpolitische, soziale und wirtschaftliche Lage Ostdeutschlands im Spiegel der Lageberichte für die letzte DDR-Regierung. Ein Überblick. In: Jaskułowski, Tytus (Hrsg.): Nachrichten aus einem Land das doch existiert. Lageberichte aus den Bezirken für die letzte DDR-Regierung 1990. Berlin 2010, S. 11-57, S. 31.

Kleidungsartikel nicht befriedigt werden könne.¹⁶⁹ Problematisch für die Bauern war darüber hinaus, dass die bisherige Produktion auf den zum Teil riesigen staatlichen Lebensmittelstützen beruhte, wonach der Handel die Produkte zu höheren Preisen abnahm, als sie letzten Endes verkauft werden konnten. Auf diese Weise wurde unter anderem ein Kilogramm Honig für 5 Mark aufgekauft und nach dessen Verarbeitung für lediglich 2,50 Mark an den Mann gebracht. Diese Subventionierung der Nahrungsmittelindustrie ergab somit in der Schlussrechnung des zuständigen Ministeriums für das Jahr 1989 Stützungen in Höhe von 230 Milliarden Mark der DDR.¹⁷⁰ Mit dem Inkrafttreten der Währungsunion und dem Ende der staatlichen Hilfen sanken die Produktionskosten zwar um 20 bis 30 Prozent, die Preise aber zeitgleich um 40 bis 50 Prozent, weshalb für den Übergang Anpassungshilfen vorgesehen waren. Diese konnten allerdings zum Teil erst im August ausgezahlt werden, da der Staatshaushalt erst im Juli von der Volkskammer beschlossen worden war, womit für zahlreiche Betriebe die Hilfe viel zu spät kam.¹⁷¹

Am 29. Juni legte Peter Pollack der Volksammer das sogenannte Landwirtschaftsanpassungsgesetz vor, das eine der größten Zuarbeiten seines Ministeriums auf dem Weg zur Einheit darstellte. Darin wurde unter anderem die Anpassung der gesamten Nahrungsgüterproduktion an die Marktwirtschaft festgelegt, was ein wichtiger Schritt zur Angleichung an die bundesdeutsche Ökonomie bedeutete. Gleichzeitig schuf das Gesetz die Möglichkeit, die bisherigen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in eingetragene Genossenschaften im Rahmen des bürgerlichen Rechts zu überführen, und stellte es fortan jedem bisherigen Mitglied frei, sein Land als Eigentum aus der LPG herauszunehmen. Außerdem wurden die Betriebe dazu verpflichtet, ausscheidende Mitglieder bei der Errichtung einer eigenen Familienwirtschaft zu unterstützen, indem sie deren Ausstattung mit Grund und Boden, Wirtschaftsgebäuden und anderen Vermögenswerten im Verhältnis zur Größe und zum Ertragswert der bisher eingebachten Wirtschaft zu gewährleisten sowie eine

¹⁶⁹ Vgl. Dokument 16. Nachrichtenabteilung des Regierungssprechers. Einschätzung der Lage in den Bezirken vom 12. bis 18.06.1990. In: Jaskułowski, Tytus (Hrsg.): Nachrichten aus einem Land das doch existiert. Lageberichte aus den Bezirken für die letzte DDR-Regierung 1990. Berlin 2010, S. 153-160, S. 155.

¹⁷⁰ Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 154.

¹⁷¹ Vgl. Peter Pollack. In: Jacobs, Olaf (Hrsg.): Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch. Halle (Saale) 2018, S. 246-265, S. 260f.

Vermögensrückerstattung im Umfang des bisherigen eingebrachten Betrages zu garantieren hatten.¹⁷²

Doch insgesamt schien Pollack mit der Fülle an Problemen überfordert, was unter anderem zu scharfer Kritik von Seiten der Bauern führte. Sie beschwerten sich lauthals darüber, dass die versprochenen Veränderungen nicht funktionierten.¹⁷³ Auf Grund dessen wuchsen die Anspannung und der Unmut gegenüber der Regierung und allen voran dem Landwirtschaftsminister. Am 15. August kam es deshalb zu einer großen Bauerndemonstration auf dem Alexanderplatz mit über 50.000 Teilnehmern. Zeitgleich protestierten etwa 250.000 Landwirte in der ganzen Republik.¹⁷⁴ Der Versuch Pollacks, mit den Demonstranten zu reden, war zum Scheitern verurteilt. Unter einem gellenden Pfeifkonzert ließen sie ihn kaum zu Wort kommen, weshalb er den Versuch schließlich abbrach. Der parlamentarische Staatssekretär im Amt des Ministerpräsidenten Günther Krause sollte es daraufhin richten und fing sich neben der rhetorischen Ablehnung auch einige Tomatenwürfe ein, blieb aber schließlich ebenfalls erfolglos bei dem Versuch, die aufgebrachte Menge zu beruhigen.¹⁷⁵ Als Konsequenz der zunehmenden Unzufriedenheit und der wachsenden Probleme in der Landwirtschaft wurde Peter Pollack nur einen Tag später durch Ministerpräsident Lothar de Maizière von seiner Funktion entbunden. Abseits der Herausforderungen im Agrarsektor und der wirtschafts- und sozialpolitischen Angleichung sowie der zunehmenden ökonomischen Probleme, galt es fortan, weitere Schritte auf dem Weg zur staatlichen Vereinigung zu gehen.

3.2 Vom Einigungsvertrag zum inneren Niedergang

Die Verhandlungen zum Einigungsvertrag, der die innenpolitischen Bedingungen für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik regeln sollte, begannen bereits kurz nach Abschluss der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.¹⁷⁶ Zu dieser Beschleu-

¹⁷² Vgl. Gesetz über die strukturelle Anpassung der Landwirtschaft an die soziale und ökologische Marktwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. (<https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/LwAnpG.pdf>. Zuletzt abgerufen: 20.04.2021).

¹⁷³ Vgl. Ludewig, Unternehmen Wiedervereinigung, S. 95f.

¹⁷⁴ Vgl. Dokument 25. Nachrichtenabteilung des Regierungssprechers. Wochenbericht zur Lage in den Bezirken vom 13.8.-19.8.1990. In: Jaskułowski, Tytus (Hrsg.): Nachrichten aus einem Land das doch existiert. Lageberichte aus den Bezirken für die letzte DDR-Regierung 1990. Berlin 2010, S. 222-226, S. 225.

¹⁷⁵ Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 156f.

¹⁷⁶ Vgl. Grosser, Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, S. 326.

nigung der Gespräche führte vor allem die Krise in der Sowjetunion und die daraus resultierende, angespannte internationale Lage. Denn schon im Mai 1990 teilte der damalige sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse Ministerpräsident Lothar de Maizière mit, dass sich seine Regierung beeilen solle, die Vereinigung zu vollziehen, da er nicht sicher sei, wie lange die innenpolitische Situation in der Sowjetunion noch gehalten werden könne und Staatspräsident Michail Gorbatschow an der Macht bleibe. Ein erstes Anzeichen dafür war der Parteitag der KPdSU im Juni, den der Kremlchef zwar politisch mit einem blauen Auge überstand, zugleich jedoch als Signal gewertet werden konnte, wie unberechenbar die Situation in dem Land war.¹⁷⁷ Nicht nur aus diesem Grund, sondern auch wegen der großen wirtschaftspolitischen Herausforderungen innerhalb der DDR, forcierte der Regierungschef nun zunehmend die Bemühungen zur Aushandlung des Einigungsvertrages, um dem drohenden Zusammenbruch zuvorzukommen. Nachdem ein erstes Eckpunktepapier vom bundesdeutschen Verhandlungsführer und Innenminister Wolfgang Schäuble an sein Gegenüber Günther Krause gereicht worden war, erstellte dieser einen Vorabentwurf und legte ihn der Delegation der Bundesrepublik vor. Dem Ministerpräsidenten de Maizière war es wichtig, dass die DDR-Seite als erstes einen Vertragsvorschlag einbrachte, denn nach seiner Auffassung könne die Gegenseite nur schwer etwas wegverhandeln, was schon einmal geschrieben stand.¹⁷⁸ Der Name Einigungsvertrag ging ebenfalls auf den Regierungschef aus Ost-Berlin zurück, der zunächst noch geplant hatte, die DDR aus eigener Kraft zu reformieren, um dann als gleichberechtigter Partner in einen gemeinsamen Staat mit der Bundesrepublik gehen zu können. Parallel dazu wollte er die Interessen seiner Landsleute in einem Vertrag absichern. Aufgrund der inneren Auflösung des Staates und der schlechten finanziellen Lage musste er von diesem Plan jedoch abrücken.

Am 6. Juli 1990 begann die erste Verhandlungsrounde in Ost-Berlin, in der noch von der Konstellation ausgegangen wurde, dass ein Beitritt der DDR erst nach den gesamtdeutschen Wahlen erfolgen solle. Daraus lässt sich auch schließen, dass der Regierungschef de Maizière zu diesem Zeitpunkt nicht mit einer Vereinigung vor Dezember 1990 rechnete, da erst dann der gemeinsame Urnengang stattfinden

¹⁷⁷ Vgl. Lothar de Maizière. In: Der Einigungsvertrag als Fundament für die Vollendung der Einheit. Podiumsdiskussion. In: Apelt, Andreas H. (Hrsg.): Von der Volkskammerwahl zur Deutschen Einheit. Voraussetzungen, Bedingungen, Verlauf. Berlin 2011, S. 87-116, S. 92f.

¹⁷⁸ Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 110.

sollte. In den Auftaktgesprächen schlug der Rechtsanwalt unter anderem vor, den vereinigten Staat mit einem neuen Namen, wie etwa Deutsche Bundesrepublik zu gründen, was der bundesdeutsche Verhandlungsführer Schäuble ebenso ablehnte wie die Diskussion um eine andere Fahne oder Nationalhymne. Außerdem pochte der Ministerpräsident darauf, die Hauptstadtfrage im Einigungsvertrag zu regeln und Berlin als solche festzuschreiben und forderte ferner, ein Aufbauministerium für die neuen Bundesländer einzurichten.¹⁷⁹ Er hält die Vernachlässigung solcher emotionalen und psychologischen Themen bzw. symbolischen Fragen bis heute für ein großes Problem im Einheitsprozess. So hätte de Maizière sich beispielsweise auch vorstellen können, dass sich der 12. Deutsche Bundestag als 1. Gesamtdeutscher Bundestag konstituiert hätte, um ein stärkeres „Wir-Gefühl“ zu erzeugen.¹⁸⁰ Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble vertrat hingegen stets die Position, dass es sich um einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik handele und nicht umgekehrt. Diese Auffassungen begründete er auch damit, dass keine Vereinigung zweier gleicher Staaten geplant sei, da sie nicht die selben Ausgangspositionen hätten.¹⁸¹ Darüber hinaus hätte sich das Modell der Bonner Republik bewährt, weshalb solche Diskussionen seiner Meinung nach nicht geführt werden bräuchten. Doch vor allem in der Frage nach der zukünftigen Hauptstadt blieb der Regierungschef unnachgiebig und verwies mit Nachdruck darauf, dass Berlin als solche doch bis vor kurzem unstrittig gewesen wäre. Zwar bestätigte Schäuble dies, zumal auch er persönlich für Berlin als Hauptstadt eintrat, allerdings wollte er diese Frage nicht im Vertrag geregelt sehen, um die dafür nötige Mehrheit in den Parlamenten nicht zu gefährden. Schließlich hatten sich viele Bundesländer bereits gegen Berlin und für Bonn als gesamtdeutsche Hauptstadt ausgesprochen.¹⁸² Der erfahrene Politiker verstand es zwar einerseits, dass Lothar de Maizière die Rechte und Ansprüche seiner Bürger im vereinten Deutschland durch verbindliche Festschreibungen sichern wollte, um vertraglich gut geordnet in die Einheit zu ziehen, hätte aber andererseits vorher nicht erwartet, dass als Ergebnis ein solch kompliziertes Werk entstehen würde. Schäuble hielt die Einigung auf wichtige

¹⁷⁹ Vgl. Dokument Nr. 345. Erste Verhandlungsrounde über den Vertrag zur Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag). Berlin, 6. Juli 1990. In: Küsters, Hanns Jürgen/ Hofmann, Daniel (Hrsg.): Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. München 1998, S. 1324-1328, S. 1326f.; Siehe auch: Küsters, Das Ringen um die deutsche Einheit, S. 377f.

¹⁸⁰ Vgl. Maizière, Lothar de: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit. 2. Auflage, Freiburg 2010, S. 284.

¹⁸¹ Vgl. Schäuble, Wolfgang: Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte. Stuttgart 1991, S. 131.

¹⁸² Vgl. Schäuble, Der Vertrag, S. 132f.

Rahmenregelung für ausreichend, nach denen das bisherige DDR-Recht weiterhin in den neuen Bundesländern gelten sollte. Doch der CDU-Vorsitzende aus Ost-Berlin verstand sich stets als Vertreter seiner Landsleute, weshalb er nicht bereit war, seine Positionen schnell abzuräumen und voranzukommen.¹⁸³ Schäuble hingegen wollte möglichst wenig aus der alten DDR übernehmen, sondern lieber schnell das bundes-deutsche Modell übertragen.¹⁸⁴

Nachdem der Bundesminister ihm bei den entscheidenden Fragen auch noch regelmäßig antwortete, dass dies nur unter Vorbehalt der Zustimmung des Bundeskabinetts erfolgen könne und sich somit eine Rückfalloption zusicherte, übertrug de Maizière die Leitung der Verhandlungsdelegation fortan an den erfahrenen Günther Krause.¹⁸⁵ Aufgrund der großen Verhandlungsdelegationen auf beiden Seiten und der damit verbundenen Gefahr, dass nicht effizient verhandelt wird, einigten sich Schäuble und er darauf, nur ein Mikrofon pro Delegation zuzulassen. So konnte nur der jeweilige Verhandlungsführer jemandem das Wort erteilen oder eben auch entziehen.¹⁸⁶ Darüber hinaus wurde vereinbart, dass jedes Ressort mit seinem Gegenpart in der Bundesregierung über die nötige Rechtsangleichung verhandeln solle, um effektiv arbeiten zu können.¹⁸⁷

Eines der wohl größten Streitthemen auf dem Weg zur Einheit markierte die Frage des Eigentums an enteignetem Grund und Boden sowie den darauf errichteten Gebäuden zur privaten Nutzung und der damit einhergehenden Entscheidung über die Rückgabe bzw. Entschädigung der Alteigentümer. Denn im Jahr 1990 standen über eine Million Eigenheime, die zu DDR-Zeiten errichtet wurden, auf Grundstücken, die ursprünglich Menschen gehörten, die in die Bundesrepublik geflüchtet waren und nun auf ihr Besitzrecht bestanden.¹⁸⁸ Während Bonn das Recht der ehemaligen Inhaber betonte und ihnen ihren vorherigen Besitz zurückgeben wollte, versuchte die Regierung in Ost-Berlin alles Notwendige zu tun, um die mühselig erbauten Datschen ihrer Landsleute vor dem Zugriff der Rückgabe zu schützen und sah vor,

¹⁸³ Vgl. Schäuble, Der Vertrag, S. 14.

¹⁸⁴ Vgl. Kowalcuk, Die Übernahme, S. 68.

¹⁸⁵ Vgl. Lothar de Maizière. In: Jacobs, Olaf (Hrsg.): Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch. Halle (Saale) 2018, S. 48-76, S. 60.

¹⁸⁶ Vgl. Schäuble, Der Vertrag, S. 118.

¹⁸⁷ Vgl. Küsters, Das Ringen um die deutsche Einheit, S. 379.

¹⁸⁸ Vgl. Jäger, Die Überwindung der Teilung, S. 508.

die Bundesbürger dafür angemessen zu entschädigen.¹⁸⁹ Somit setzte das Kabinett anders als die Bundesregierung auf das Prinzip Entschädigung vor Rückgabe. Mit dieser Marschroute konnten sich die Verantwortlichen letztendlich allerdings nicht gegen die bundesdeutsche Position durchsetzen. Aufgrund der Brisanz dieses Themas räumten die beiden Regierungen es bereits vor Abschluss der Verhandlungen in der „Gemeinsamen Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener Vermögensfragen vom 15. Juni 1990“ ab, die später auch als Anlage III in den Einigungsvertrag übernommen wurde. Darin einigten sich die beiden Seiten unter anderem auf das Prinzip Rückgabe vor Entschädigung.¹⁹⁰ Die getroffene Vereinbarung hatte im Wesentlichen allerdings einen großen Vermögenstransfer von Ost nach West eingeleitet, der später gravierende Folgen für die neuen Bundesländern haben sollte.¹⁹¹ Die Besitzverhältnisse, die aus der Bodenreform von 1945 resultierten, wurden allerdings nicht revidiert. Vielmehr konnte das gesellschaftliche Eigentum an landwirtschaftlichen Produktionsmitteln gesichert werden. Darüber hinaus vertrat die DDR-Regierung die Auffassung, dass einem Bürger das Eigentum, welches er rechtmäßig erworben hatte, nicht wieder genommen werden dürfe, weshalb es von der Rückgabe ausgeschlossen werden müsse.¹⁹² Außerdem kam hinzu, dass die Sowjetunion darauf pochte, dass die Bodenreform nicht rückgängig gemacht werde. Die Begründung dafür lag laut de Maizière darin, dass alles was zwischen 1945 und 1949 passierte, in Ausübung der Siegerrechte geschehen war und die beiden deutschen Staaten darüber nicht erneut zu befinden hätten, da sonst diese Rechte in Frage gestellt worden wären.¹⁹³

Die Aushandlung des Einigungsvertrages wurde noch einmal beschleunigt, als im Juli dem Bundeskanzler Helmut Kohl bei seinem Treffen mit Michail Gorbatschow im Kaukasus der Durchbruch bezüglich der sowjetischen Zusage zur Einheit und zur Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der NATO gelang. Als Folge dessen kam es einen Tag später, am 16. Juli, zu einer Sondersitzung des DDR-Kabinetts,

¹⁸⁹ Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 50.

¹⁹⁰ Vgl. Gemeinsame Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener Vermögensfragen vom 15. Juni 1990. In: Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Stuttgart 1991, S. 277-279, S. 277f.

¹⁹¹ Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 116.

¹⁹² Vgl. Lothar de Maizière. In: Jacobs, Olaf (Hrsg.): Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch. Halle (Saale) 2018, S. 48-76, S. 65.

¹⁹³ Vgl. Kiessler, Richard E./ Elbe, Frank: Ein runder Tisch mit scharfen Ecken. Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit. Baden-Baden 1993, S. 184.

auf welcher der Ministerpräsident noch einmal die seiner Meinung nach wichtigsten Punkte für die Verhandlungen mit der Bundesrepublik vortrug. Diese liegen heute in schriftlicher Form nur noch dem damaligen Staatssekretär im Ministerium für Abrüstung und Verteidigung Werner E. Ablaß in seinem Privatarchiv vor und wurden von eben jenem eigens für diese Arbeit zur Verfügung gestellt. Darin heißt es, dass de Maizière forderte, nur das anzustreben, was auch durchsetzbar sei und unbedingt Fristen für die Übergangsregelungen in Höhe von ein bis vier Jahren in dem Vertragstext zu fixieren. Weiterhin sollten seiner Ansicht nach die Rechtsangleichung soweit wie möglich, aber nicht auf Kosten des sozialen Friedens erfolgen und die Kompetenzen der fünf neuen ostdeutschen Länder gestärkt werden. Zudem unterstrich er, dass Abschlüsse und Zeugnisse unbedingt anerkannt werden müssten.¹⁹⁴ Dieses Dokument zeigt, dass der Regierungschef genaue Vorstellungen davon hatte, was in diesem Vertrag geregelt werden müsste, bevor die Einheit vollzogen werden könne. Außerdem wird deutlich, wie er auf Grund der Fülle an Themen klare Schwerpunkte setzte.

Nur vier Tage später verkündete de Maizière auf einer Pressekonferenz, dass seine Regierung noch 130 Tage im Amt verbleiben würde, womit der CDU-Vorsitzende vermutlich die gesamtdeutschen Wahlen am 2. Dezember 1990 in den Blick nahm.¹⁹⁵ Während die Regierung bei Amtsantritt im April noch von mehreren Jahren ausging, plante sie nun das Ende der DDR noch vor Weihnachten. Es ist bemerkenswert, dass die Zeitplanung bis zur Einheit immer kürzer wurde. Doch auch dieser Zeithorizont sollte nicht eingehalten werden. Bereits Anfang August drehte sich die Lage, als der Ministerpräsident seinem Kabinett verkündete, dass die an den Verhandlungen zum Einigungsvertrag beteiligten Minister und Staatssekretäre der bundesdeutschen Seite stärker entgegenkommen sollten, da das Land spätestens zu Weihnachten zahlungsunfähig sei und deshalb schnell die Einheit erreicht werden müsse. Aus diesem Grund besuchte de Maizière in jenen Tagen auch Bundeskanzler Kohl in seinem Urlaubsort am Wolfgangsee und teilte ihm mit, dass die Krise in der DDR zu eskalieren drohe und er Angst vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch der Republik habe. Demnach würde das Geld, das von der Bundesrepublik fließe, nicht

¹⁹⁴ Vgl. Vorsitzender des Ministerrates am 16. Juli 1990 zum Einigungsvertrag. Schwerpunkte für die Verhandlungen zum Einigungsvertrag. Aus dem Privatarchiv von Staatssekretär a.D. Werner E. Ablaß.

¹⁹⁵ Vgl. Erklärung des Ministerpräsidenten aus Anlass der Pressekonferenz 100 Tage Regierung de Maizière am 20. Juli 1990, S. 8. (https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/BArch_DC-20_6086-pag.80-87.pdf. Zuletzt abgerufen: 30.05.2021).

mehr ausreichen, um alle öffentlichen Aufgaben zu erfüllen, sodass schon bald die Renten nicht mehr bezahlt werden könnten. Parallel dazu stehe auch die Landwirtschaft vor dem Zusammenbruch, weil die nötigen finanziellen Unterstützungen für die Umstellung auf die Marktwirtschaft nicht ankämen. Der Regierungschef sah daher einen schnelleren Beitritt und vorgezogene gemeinsame Wahlen schon im Oktober als einzigen Ausweg aus dieser dramatischen Lage.¹⁹⁶ Nach der Rückkehr aus Österreich schlug der Rechtsanwalt daraufhin am 3. August den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und zeitgleiche gesamtdeutsche Wahlen für den 14. Oktober 1990 vor. Als Grund dafür brachte er an, dass das Ziel seiner Regierung, die Einheit so schnell wie möglich und so gut wie nötig zu vollziehen, erreicht werden könne. So stünde nach den bisherigen Ergebnissen der Verhandlungen zum Einigungsvertrag fest, dass die wichtigsten Ziele seines Kabinetts durchgesetzt werden könnten und das obwohl der Vertrag noch nicht einmal unterschriftsreif gewesen war.¹⁹⁷

Nach insgesamt acht Wochen und drei großen Verhandlungsrunden lag schließlich der 45 Artikel umfassende Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands vor. Darin wurden unter anderem der Beitritt der neuen Länder inklusive Ost-Berlins zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland festgeschrieben. Weiterhin war Berlin als Hauptstadt nicht jedoch als Sitz von Regierung und Parlament vorgesehen. Mit der Aufhebung des Artikels 23 des Grundgesetzes stellten beide Seiten außerdem klar, dass das vereinigte Deutschland keine Erweiterungen mehr anstrebe bzw. damit verbundenen Ansprüche hege. Darüber hinaus wurde in dem Vertrag die Neuverteilung der Stimmen im Bundesrat ebenso festgeschrieben, wie die geplante Änderung des Artikels 143 des Grundgesetzes, der fortan die Übergangsphasen für die Rechtsangleichungen in den neuen Ländern bis Ende 1992 bzw. 1995 regelte. Im Anschluss daran sollte überall gleiches, bundesdeutsches Recht gelten.¹⁹⁸ Als Grundlage dieser Angleichung diente eine sogenannte Negativliste, in der DDR-Recht, das weiterhin gelten sollte, aufgelistet werden musste. Andernfalls würden die jeweiligen bundesdeutschen Regeln

¹⁹⁶ Vgl. Schäuble, Der Vertrag, S. 158.

¹⁹⁷ Vgl. Der Ministerpräsident der DDR informiert. Beitritt und gesamtdeutsche Wahlen am 14. Oktober 1990. Aus dem Privatarchiv von Staatssekretär a.D. Werner E. Ablaß.

¹⁹⁸ Vgl. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – vom 31. August 1990. In: Münch, Ingo von: Die Verträge zur Einheit Deutschlands. München 1990, S. 43-71, S. 44f.

angewendet werden. Diese Liste zur Rechtsüberleitung führte letzten Endes dazu, dass etwa in einem Verhältnis von 50 zu 50 die Regeln des ehemaligen Arbeiter- und Bauernstaates fortbestanden bzw. abgeschafft wurden.¹⁹⁹ So stellte die Anlage I des Einigungsvertrages die Überleitung von Bundesrecht dar, während die Anlage II das fortgeltende Bestimmungen der DDR beschrieb, worunter zum Beispiel unter anderem auch das bereits erwähnte Landwirtschaftsanpassungsgesetz fiel.²⁰⁰ Des Weiteren wurde die wichtige Feststellung getroffen, dass die aus diesem Vertrag entstandenen Rechte des ehemaligen Arbeiter- und Bauernstaates auch nach der deutschen Einheit und damit nach der Auflösung des Landes von den ostdeutschen Bundesländern in der Bundesrepublik geltend gemacht werden können.²⁰¹

Außerdem wurden alle Berufs- und Ausbildungsabschlüsse der Bürger in den neuen Bundesländern anerkannt, was der Regierung de Maizière besonders wichtig war. In den westdeutschen Ländern konnten diese zwar ebenfalls Gültigkeit erlangen, allerdings musste dafür zunächst durch einen Antrag die Gleichwertigkeit festgestellt werden.²⁰² Dies lag unter anderem daran, dass beispielsweise Unterstufenlehrer in der DDR kein Hochschulstudium absolviert hatten und demzufolge nach bundesdeutschem Recht schlechter hätten gestellt werden müssen als ihre Kollegen, was damit verhindert werden konnte.²⁰³ Ein weiterer wichtiger im Einigungsvertrag festgeschriebener Punkt war die Umwandlung volkseigener Wohnungswirtschaftsbetriebe in gemeinnützige Gesellschaften, in denen das Eigentum an Gebäuden und Grundstücken hineingegeben wurde.²⁰⁴ Damit war der Wohnungsbau an kommunale GmbHs bzw. Genossenschaften ausgelagert worden, allerdings nicht als Teil der Verwaltungen, sondern als kommunale eigene Unternehmen, die auf Wirtschaftlichkeit zu achten hatten, aber gleichzeitig dem Gemeinwohl verpflichtet und politisch kontrolliert sein würden. Mit diesem Schritt konnte verhindert werden, dass die

¹⁹⁹ Vgl. Rödder, Deutschland einig Vaterland, S. 333.

²⁰⁰ Vgl. Anlage II zum Einigungsvertrag. Besondere Bestimmungen für fortgeltendes Recht der Deutschen Demokratischen Republik. In: Münch, Ingo von: Die Verträge zur Einheit Deutschlands. München 1990, S. 485-565, S. 517.

²⁰¹ Vgl. Jäger, Die Überwindung der Teilung, S. 497.

²⁰² Vgl. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – vom 31. August 1990. In: Münch, Ingo von: Die Verträge zur Einheit Deutschlands. München 1990, S. 43-71, S. 63.; Siehe auch: Maizière, Lothar de: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit. 2. Auflage, Freiburg 2010, S. 290f.

²⁰³ Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 122.

²⁰⁴ Vgl. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – vom 31. August 1990. In: Münch, Ingo von: Die Verträge zur Einheit Deutschlands. München 1990, S. 43-71, S. 70.

Wohnungen über die Treuhandanstalt privatisiert und sie stattdessen in kommunales Eigentum überführt wurden.²⁰⁵

Ein weiterer Streitpunkt manifestierte sich im Abtreibungsrecht, das in der DDR wesentlich liberaler gestaltet war, als in der Bundesrepublik. De Maizière sah das Problem nicht auf der eigenen Seite, da er die Ansicht vertrat, dass Bonn sich in dieser Sache bewegen und anpassen müsse. Er war nicht bereit von der Fristenregelung nach § 153 DDR-Recht abzurücken, deren Beibehaltung bereits in der Koalitionsvereinbarung stand.²⁰⁶ Unter anderem führten auch die zahlreichen Demonstrationen von Frauen gegen den bundesdeutschen § 218 StGB dazu, dass sich diese Position in Teilen durchsetzen konnte. Anfangs bestand die Fristenregelung nur für die neuen Bundesländer bis 1994 fort, bis schließlich ein verschärftes gesamtdeutsches Recht in Kraft trat.²⁰⁷ Bis dahin einigten sich die beiden Staaten auf das sogenannte Tatortprinzip, womit auch Frauen aus den alten Bundesländern auf dem Gebiet der ehemaligen DDR straffrei abtreiben konnten.²⁰⁸ Damit ist der Westen nach Aussage von Günther Krause auch ein Stück östlicher geworden, da fortan die Schwangerschaftsunterbrechung nach DDR-Recht mit einer verstärkten Beratung im vereinigten Deutschland galt. Ein Grund für das Einlenken des Bundeskanzlers Kohl lag auch darin, dass er die Mehrheit für den Vertrag in der Volkskammer nicht gefährden wollte.

Lothar de Maizière blickt jedoch auch selbtkritisch auf das Ergebnis des Einigungsvertrages. Demnach sei die Frage der Altersvorsorgesysteme nicht gut geregelt worden, wobei der Rechtsanwalt auch darauf hingewiesen hat, dass viele heutige Probleme weniger durch Fehler der Einheit, sondern vielmehr durch gesamtdeutsche, demografische Entwicklungen verursacht worden seien.²⁰⁹ Bei den Verhandlungen sei stets der Koalitionsvertrag als Richtschnur herangezogen worden, so de Maizière. Es wurde versucht, die Vereinbarung im Vertrag nachzuzeichnen, was auch der bundesdeutsche Verhandlungsführer Wolfgang

²⁰⁵ Vgl. Axel Viehweger. In: Jacobs, Olaf (Hrsg.): Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch. Halle (Saale) 2018, S. 326-350, S. 337f.

²⁰⁶ Vgl. Grundsätze der Koalitionsvereinbarung zwischen den Fraktionen der CDU, der DSU, dem DA, den Liberalen, DFP, BFD, FDP und der SPD vom 12. April 1990. In: Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Stuttgart 1991, S. 163-190, S. 173.

²⁰⁷ Vgl. Christa Schmidt. In: Jacobs, Olaf (Hrsg.): Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch. Halle (Saale) 2018, S. 219-245, S. 232ff.

²⁰⁸ Vgl. Ritter, Wir sind das Volk! Wir sind ein Volk!, S. 76.

²⁰⁹ Vgl. Lothar de Maizière. In: Jacobs, Olaf (Hrsg.): Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch. Halle (Saale) 2018, S. 48-76, S. 69.

Schäuble unterstützte und somit vielfach die Position der Regierung Ost-Berlins übernahm, auch wenn sie sich gegen die der westlichen Bundesländer richtete. Die Beteiligung derer stellte nach Aussage des CDU-Vorsitzenden ein großes Problem dar, weil sie unter anderem mehr Stimmen im Bundesrat wollten, um bei wichtigen Entscheidungen nicht von den neuen Ländern abhängig zu sein. Des Weiteren mahnte der damalige Chef der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Clement, an, die Hauptstadtfrage nicht im Vertrag festzulegen, da er sonst im Bundesrat keine Mehrheit bekommen würde und die DDR dann ungeregelt in die Einheit gehen müsse. De Maizière konterte, dass in diesem Falle auch ab dem ersten Tag der Länderfinanzausgleich gelte, was die Bundesländer im Westen stark getroffen hätte. Darüber hinaus besaßen auch die bundesdeutschen Berater in den DDR-Ministerien Einfluss auf die Verhandlungsführung der Delegation aus Ost-Berlin, was zu einer gewissen westdeutschen Dominanz in den Verhandlungen führte.²¹⁰

Am 31. August 1990 unterzeichneten Günther Krause und Wolfgang Schäuble in Anwesenheit von Lothar de Maizière schließlich den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands. Letztendlich wurde die Einigung in der Hauptstadtfrage auf das gesamtdeutsche Parlament vertagt, wie einige andere Themen zunächst auch.²¹¹ So einigten sich die Regierungen beispielsweise nicht auf endgültige Regelungen für den Umgang mit kritischen Eigentumsfällen, bei denen sich die Eigenheime im Besitz von privaten Neuhabern befanden. Auch die Entscheidung zum Umgang mit den sogenannten Stasi-Akten sollte der gesamtdeutsche Gesetzgeber genauer regeln, nachdem sie zunächst ins Bundesarchiv überführt werden sollten. Daraufhin meldete sich erneut die Bürgerrechtsbewegung in der DDR zu Wort, die ein halbes Jahr zuvor das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit besetzt hatte und nun forderte, den Zugang zu den Akten für jedermann noch vor der Einheit verbindlich zuzusichern. Dies führte unter anderem auch dazu, dass die ehemalige Stasi-Zentrale in Berlin am 2. September von ihnen erneut besetzt wurde, um so die Klärung des Umgangs mit den etwa sechs Millionen Akten zu erzwingen. Die Bürgerrechtler sprachen sich für die Möglichkeit der Einsicht-

²¹⁰ Vgl. Jäger, Die Überwindung der Teilung, S. 485.

²¹¹ Vgl. Lothar de Maizière. In: Der Einigungsvertrag als Fundament für die Vollendung der Einheit. Podiumsdiskussion. In: Apelt, Andreas H. (Hrsg.): Von der Volkskammerwahl zur Deutschen Einheit. Voraussetzungen, Bedingungen, Verlauf. Berlin 2011, S. 87-116, S. 95f.

nahme für alle und den Verbleib des Archivs in der Normannenstraße in Berlin aus, während die beiden deutschen Regierungen vereinbart hatten, sie unter Verschluss halten zu wollen.²¹² Als dann auch noch der Pfarrer und spätere erste Leiter der Stasiunterlagenbehörde Joachim Gauck erklärte, dass der Einigungsvertrag in der Volkskammer keine Mehrheit finden würde, falls die Akten ins Bundesarchiv überführt werden sollten, unterzeichneten Bonn und Ost-Berlin am 18. September eine Vereinbarung mit Zusatzartikeln zum Einigungsvertrag.²¹³ Darin wurden unter anderem auch der öffentliche Zugang zu den Akten sowie die Bestellung der Sonderbeauftragten des Bundes und der Länder festgeschrieben. Des Weiteren war die geplante zentrale Lagerung der Hinterlassenschaften der Staatssicherheit vom Tisch und für die Betroffenen gab es fortan ein Auskunftsrecht.²¹⁴

In den Verhandlungen zum Einigungsvertrag befand sich die DDR-Delegation insgesamt in einer schwächeren Position als beim Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Das lag zum einen an der Mitwirkung einer wesentlich größeren Zahl von politischen Vertretern, wie die der westdeutschen Bundesländer, und zum anderen an dem bereits geschilderten, fortwährenden wirtschaftlichen Niedergang des Landes. Aber auch die Abhängigkeit des Verhandlungsführers Günther Krause von der zunehmend instabilen Koalition bestehend aus mehreren Parteien und ihr schlussendliches Ende, dass durch die Aufkündigung des Bündnisses durch die Sozialdemokraten besiegt war, nahm seiner Delegation ein Stück weit die Autorität in den Verhandlungen.²¹⁵ Als dann auch noch auf einer Sonderitzung der Volkskammer der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik mit der Wirkung zum 3. Oktober 1990 beschlossen wurde, geriet Krause noch stärker unter Druck, schließlich war der Einigungsvertrag zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht fertig ausgehandelt gewesen. Aufgrund dieses Festzurrens eines endgültigen Datums ergab sich für das Kabinett noch weniger Spielraum in den abschließenden Verhandlungen mit der Bundesrepublik zu den Bedingungen des Beitritts und damit

²¹² Vgl. Jäger, Die Überwindung der Teilung, S. 516f.

²¹³ Vgl. Ebenda, S. 517.

²¹⁴ Vgl. Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Durchführung und Auslegung des am 31. August 1990 in Berlin unterzeichneten Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – vom 18. September 1990. In: Münch, Ingo von: Die Verträge zur Einheit Deutschlands. München 1990, S. 73-75, S. 74.

²¹⁵ Vgl. Ritter, Gerhard A.: Die Kosten der Einheit. Eine Bilanz. In: Henke, Klaus-Dietmar (Hrsg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte. München 2009, S. 537-552, S. 542.

zur Einheit.²¹⁶ Darüber hinaus lasteten die Umstände der inneren Probleme des Landes und die Erwartungen der Bevölkerung sowie der Abgeordneten schwer auf der politischen Führung.²¹⁷ Auch die Parlamentarier in der Volkskammer gerieten mit der Vertragsunterzeichnung unter Zugzwang, da sie zum Zweck der Rechtsangleichung noch dutzende Verordnungen und Ausnahmeregelungen beschließen mussten. Trotz all dieser Hindernisse, wurde der Einigungsvertrag am Ende dennoch von beiden deutschen Parlamenten angenommen.

Im Sommer des Jahres 1990 kriselte es seit Wochen zwischen den Regierungsparteien, weshalb es am 19. August zum Bruch der Koalition kam, welcher wohl auch schon mit Blick auf die kommenden, gesamtdeutschen Bundestagswahlen und dem Einfluss der westdeutschen Parteien zu betrachten ist. Der Anlass für das Ende des Bündnisses war der Rausschmiss eines SPD-Ministers durch den CDU-Regierungschef. Am 15. August trat de Maizière ohne vorherige Absprache mit den Koalitionspartnern vor die Kameras und verkündete eigenmächtig die Entlassung des sozialdemokratischen Finanzministers Walter Romberg, des von der selben Partei nominierten, aber parteilosen Landwirtschaftsministers Peter Pollack, des Wirtschaftsministers Gerhard Pohl von der CDU und des liberalen Justizministers Kurt Wünsche mit Wirkung vom darauffolgenden Tag.²¹⁸ Dem vorausgegangen war ein Streit zwischen dem Regierungschef und seinem Finanzminister über unterschiedliche Vorstellungen zu den Finanzfragen im Rahmen des Einigungsvertrages. Romberg wollte darin festschreiben, dass das Steueraufkommen der neuen Bundesländer künftig auch nur für deren Entwicklung eingesetzt werden dürfe und sie dafür in den ersten Jahren nicht am Länderfinanzausgleich teilnehmen würden. De Maizière lehnte den Vorschlag unter Verweis auf das zu erwartend niedrige Finanzaufkommen der neuen Länder ab und ermahnte seinen Chefhaushälter, diese Position zu übernehmen und zu versuchen, das Gebiet der DDR unter den finanziellen Rettungsschirm der Bundesrepublik zu bekommen. Dabei berief er sich auch auf seine Richtlinienkompetenz, die insbesondere in Fragen der Deutschlandpolitik galt. Nachdem Walter Romberg sich weigerte, die Position seines Vorgesetzten zu übernehmen, obwohl auch sein Staatssekretär Walter Siegert und der SPD-Fraktionsvorsitzende Richard Schröder diese vertraten, nahm der Regierungschef

²¹⁶ Vgl. Küsters, Das Ringen um die deutsche Einheit, S. 397ff.

²¹⁷ Vgl. Grosser, Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, S. 287.

²¹⁸ Vgl. Ebenda, S. 327f.

dies zum Anlass, ihn von seiner Funktion zu entbinden.²¹⁹ Gleichzeitig nutzte er die Gelegenheit, die seiner Meinung nach unfähigen Minister Pollack und Pohl des Amtes zu entheben. Justizminister Wünsche hatte bereits Wochen zuvor sein Rücktrittsgesuch eingereicht, dem der CDU-Vorsitzende nun ebenfalls gleich mit entsprach. Die SPD verließ vier Tage später empört die Regierung mit der Begründung, der Ministerpräsident habe mit diesem Vorgang ihr Vertrauen missbraucht. Allerdings kam den Sozialdemokraten dieser Grund auch nicht gänzlich ungelegen, schließlich suchten sie bereits seit Längerem nach einem Ausstiegsszenario, um mit Blick auf die anstehenden Wahlen nicht für die wirtschaftliche Schieflage des Landes abgestraft zu werden.²²⁰ Die frei gewordenen Ministerposten wurden nicht neu besetzt, sondern die Ressorts fortan geschäftsführend von anderen Regierungsmitgliedern oder Staatssekretären geleitet.

Nach dem Ende der Koalition am 19. August reagierte Lothar de Maizière auf den Verlust seiner parlamentarischen Mehrheit mit der Flucht nach vorn. Auf einer von ihm beantragten Sondersitzung der Volkskammer am Abend des 22. August sollte endlich der Termin für die Vereinigung mit der Bundesrepublik festgelegt werden.²²¹ Der Regierungschef hatte allerdings weder eine Vorlage für seinen gewünschten Tagesordnungspunkt, noch schlug er selbst einen konkreten Termin vor. Den von der Bundesrepublik wegen der zeitgleichen Einführung der Länder präferierten 14. Oktober lehnten die Abgeordneten ab, da sie sich ihrer Meinung nach schon genug aus Bonn hätten vorschreiben lassen und sie ihr Ende nun selbst bestimmen wollten. De Maizière wies außerdem darauf hin, dass der Vollzug der Einheit erst nach dem 1. Oktober erfolgen könne, da an diesem Tag die KSZE-Außenministerkonferenz in New York tagte und die Rechte der Alliierten erst ausgesetzt werden müssten. Da kaum einer der Abgeordneten ein Interesse daran hatte, am 7. Oktober den 41. Jahrestag der DDR feiern zu müssen, einigten sich die Abgeordneten schließlich auf den 3. Oktober als Tag der Deutschen Einheit.²²² Dementsprechend verkündete Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl um 2:57 Uhr in der Nacht des 23. Augusts den historischen Beschluss zum „Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland

²¹⁹ Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 68f.

²²⁰ Vgl. Ebenda, S. 67.

²²¹ Vgl. Maizière, Lothar de: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit. 2. Auflage, Freiburg 2010, S. 275ff.

²²² Vgl. Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 90ff.

[...] mit Wirkung vom 3. Oktober 1990.²²³ Dass die Erklärung anfangs noch falsch formuliert war und deshalb eigentlich nur die Volkskammer beigetreten wäre, wurde im Nachhinein im Protokoll korrigiert, ohne dass es Protest dagegen gegeben hätte.

Damit bleibt festzuhalten, dass es der letzten DDR-Regierung trotz all der Herausforderungen durchaus gelang, möglichst gute Rahmenbedingungen für ihre Bürger in den deutsch-deutschen Verträgen zu erzielen, wie der Ministerpräsident es bereits in seiner ersten Erklärung vor der Volkskammer angekündigt hatte. Wichtige Beispiele hierfür sind der Umtauschkurs sowie die Forcierung der sozialen Fragen innerhalb der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion oder die Anerkennung von Führerscheinen, Renten und Bildungsabschlüssen im Einigungsvertrag.²²⁴ Die Interessen der DDR-Bürger wurden sehr nachdrücklich und vor allem im ersten Staatsvertrag auch sehr erfolgreich von ihren Vertretern durchgesetzt.²²⁵

4 Schlussbetrachtung

„Die drei Aufgaben, für die wir am 18. März angetreten waren, hatten wir erfüllt, die Einheit Deutschlands, einen föderalen Bundesstaat, der grundgesetzkompatibel ist, und einen Rechtsstaat.“²²⁶ Mit diesen Worten bilanzierte Lothar de Maizière fast zwanzig Jahre nach Amtsende das halbe Jahr, in dem seine Regierung die DDR vom demokratischen Neuanfang bis zur Vereinigung mit der Bundesrepublik führte. Dabei blickte er auf eine Zeit zurück, in der das Kabinett mit schwierigen Herausforderungen konfrontiert war und gleichzeitig versuchte, Lösungen für diese zu finden. Hierbei sahen sie sich unter anderem folgenden Problemen ausgesetzt: der maroden Infrastruktur, hohen Staatsschulden, der enormen Umweltbelastungen, der schlechten wirtschaftlichen Lage, der notwendigen Demokratisierung der Verwaltungen und Sicherheitsorgane und der Föderalisierung der Republik. Des Weiteren musste die Anpassung an marktwirtschaftliche Strukturen erfolgen und es galt, Regelungen auf dem Weg zur Einheit zu treffen, zu denen der Wechselkurs im Rahmen des

²²³ Beschluss der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. August 1990. In: Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Stuttgart 1991, S. 326.

²²⁴ Vgl. Rödder, Deutschland einig Vaterland, S. 327.

²²⁵ Vgl. Ritter, Wir sind das Volk! Wir sind ein Volk!, S. 122.

²²⁶ Zitiert nach: Stuhler, Die letzten Monate der DDR, S. 221.

Vertrages über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion oder die rechtliche Anpassung im Einigungsvertrag gehörten.

Doch wie erfolgreich war seine Regierung tatsächlich bei der Bekämpfung dieser Krisenherde und inwiefern ist damit die Aussage de Maizières zutreffend? Um dies zu untersuchen, gilt es nun, die Forschungsfrage zu beantworten. Ein Anlass zu einer solchen Bilanzierung bot die letzte DDR-Regierung bereits selbst, indem sie am 2. Oktober 1990 eine zusammenfassende Information über ihr Wirken erstellte, welches stets „auf die Verwirklichung der Regierungserklärung vom 19. April gerichtet“ war und ihrer Meinung nach „den Erfordernissen grundlegender Veränderungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, der Wirtschaft, der Sozialpolitik und der Rechtsordnung“ entsprach.²²⁷ Darin heißt es unter anderem, dass wichtige Schritte zur Angleichung an die Rechtsordnung der Bundesrepublik gegangen wurden, womit das Kabinett unverzichtbare Vorarbeiten für den Einigungsvertrag geleistet hätte, indem es bundesdeutsches Recht entsprechend den Bedingungen der DDR übernahm. Beispiele dafür wären demnach die Kommunalverfassung, die Renten- und Sozialgesetzgebung und die landwirtschaftliche Marktordnung.²²⁸ Dies konnte tatsächlich erfolgreich umgesetzt werden, denn mit dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wurde die bundesdeutsche Renten- und Sozialgesetzgebung übernommen und in einem längeren Prozess auch die landwirtschaftliche Marktordnung etabliert. Darüber hinaus beschloss die Volkskammer die Kommunalverfassung, die von Minister Manfred Preiß eingebbracht worden war. Dem Ministerium für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft wird hingegen eine weniger gute Arbeit bescheinigt, was besonders auf die wochenlangen Demonstrationen der Landwirte zurückgeführt werden könne. Demnach habe das Ressort auf die vorhandenen Probleme zu spät oder nicht adäquat reagiert, sodass die Lösungen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht realisierbar gewesen wären. Dennoch seien die notwendigen Beschlüsse zur Umstrukturierung der Landwirtschaft und zum Aufbau einer Marktordnung nach den

²²⁷ Zusammengefasste Information über die Tätigkeit der Regierung der DDR unter Ministerpräsident de Maizière, S. 5. (<https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/regierungsbilanz.pdf>). Zuletzt abgerufen: 20.04.2021).

²²⁸ Vgl. Ebenda, S. 7. (<https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/regierungsbilanz.pdf>). Zuletzt abgerufen: 20.04.2021).

Grundsätzen der EG auf den Weg gebracht worden.²²⁹ Es stimmt zwar, dass das Ministerium und der zuständige Minister nur unzureichend auf die Herausforderungen reagierten, was die Proteste der Bauern schlussendlich auch auslöste. Gleichzeitig jedoch gelang es Peter Pollack und seinen Mitarbeitern mit dem sogenannten Landwirtschaftsanpassungsgesetz, die Grundlagen für die Angleichung der Agrarstrukturen an eine soziale und ökologische Marktwirtschaft und damit an jene der Bundesrepublik zu legen. Darüber hinaus konnten damit die bisherigen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in bürgerliches Recht überführt werden, was ein weiterer Schritt in Richtung Rechtsordnung der Bundesrepublik bedeutete. Die erfolgreiche Bewerkstelligung der Umwandlung der volkseigenen Wohnungs-wirtschaftsbetriebe in gemeinnützige Wohnungsgesellschaften sowie die Übertragung ihres Grundeigentums an die neuen Genossenschaften wird ebenfalls angebracht.²³⁰ Dieser Aspekt wurde tatsächlich zunächst durch Gesetze der Regierung de Maizière und abschließend im Einigungsvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik verbindlich geregelt. Für den Bereich des Umweltschutzes gesteht der Bericht ein, dass die Schäden größer gewesen wären als zuvor angenommen. Aus diesem Grund hätten beispielsweise auch Produktionsstandorte, von denen besondere Gefahr für Mensch und Umwelt ausgegangen sei, geschlossen werden müssen. Des Weiteren habe das zuständige Ministerium mit einer Verordnung zwölf Naturparks bzw. Landschaftsschutzgebiete geschaffen, die einen bedeutenden Beitrag zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung natürlicher, ökologisch besonders wertvoller Gebiete leisten würden.²³¹ Dass die Regierung vor einem gewaltigen Ausmaß der Umweltzerstörung stand und deshalb auch die Schließung von Industrieanlagen notwendig war, um die Menschen zu schützen, wurde beispielhaft an der Schweinezuchtanlage in Thüringen oder der Abschaltung der beiden Kernkraftwerke dargestellt. Mit der Nationalparkverordnung hat Minister Steinberg außerdem dafür gesorgt, dass einige Regionen mit natürlichen Lebensbedingungen unter besonderen Schutz gestellt wurden, welche bis heute die Grundlage für eine ganze Gesundheits- und Tourismusbranche bilden.

²²⁹ Vgl. Zusammengefasste Information über die Tätigkeit der Regierung der DDR unter Ministerpräsident de Maizière, S. 8f. (<https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/regierungsbilanz.pdf>. Zuletzt abgerufen: 20.04.2021).

²³⁰ Vgl. Ebenda, S. 10. (<https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/regierungsbilanz.pdf>. Zuletzt abgerufen: 20.04.2021).

²³¹ Vgl. Ebenda, S. 11. (<https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/regierungsbilanz.pdf>. Zuletzt abgerufen: 20.04.2021).

Neben diesen angeführten Aspekten ist darüber hinaus das sogenannte Ländereinführungsgesetz vom 22. Juli 1990 zu nennen, welches aus dem Gebiet der DDR binnen eines halben Jahres einen föderalen Bundesstaat nach Vorbild der Bonner Republik formen sollte. Auch wenn es zu diesem Schritt aufgrund der früheren Vereinigung nicht mehr kam, so schuf dieses Gesetz dennoch die Grundlage zur Errichtung der fünf neuen Bundesländer und damit zur Kompatibilität mit der Bundesrepublik, was den Vollzug der Einheit erst möglich machte. Als wichtigste Erfolge der Regierung de Maizières sind allerdings die Aushandlung der beiden Staatsverträge – des Vertrages über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und des Einigungsvertrags – mit der Bundesrepublik hervorzuheben. Die Abschlüsse dieser Kernstücke auf dem Weg zur Vereinigung beruhen vor allem auf dem Geschick des DDR-Verhandlungsführers und damaligen Staatssekretärs im Amt des Ministerpräsidenten Günther Krause, der mit seiner starken Position wichtige Errungenschaften für die Bürger des untergegangenen Landes sicherte. Besonders diese Verträge, aber auch die vorher dargestellten Beschlüsse, zeigen insgesamt deutlich, dass das Handeln der letzten Regierung der Deutschen Demokratischen Republik immer auf die Einheit Deutschlands ausgerichtet war, die sie letztendlich auch erreichte.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass das Kabinett eine zentrale Rolle für die innenpolitische Entwicklung der DDR und dem Prozess der Vereinigung im Jahr 1990 spielte. Wie diese Untersuchung zeigt, war das Handeln der letzten Regierung stets auf die Erklärung Lothar de Maizières vom 19. April 1990 vor der Volkskammer ausgerichtet. Demnach ging es den Beteiligten dabei nicht nur um das „so schnell wie möglich“, womit der Kurs auf die deutsche Einheit gesetzt wurde, sondern auch darum, dass die „Rahmenbedingungen so gut wie nötig“ innerhalb der deutsch-deutschen Verträge gestaltet werden. Für die Akteure und insbesondere für den Ministerpräsidenten selbst gehörten beide Faktoren damit als untrennbare Einheit zusammen. Nachdem die DDR-Bürger aus eigener Kraft eine Revolution friedlich vollzogen und durch ihre frei gewählte Regierung einen Prozess bis hin zur Einheit Deutschlands gestaltet hatten, kam es am 3. Oktober 1990 zur Vereinigung mit der Bundesrepublik. Damit hatte die letzte DDR-Regierung wie auch die Volkskammer ihren Wählerauftrag erfüllt: Sie hatte sich selbst überflüssig gemacht.

Auch wenn es aufgrund der stetig wachsenden Herausforderungen mehrfach zu Veränderungen des zeitlichen Ablaufs des Projekts deutsche Einheit kam, bildete die

Regierungszeit eine notwendige Übergangsphase des Umbaus und des Angleichens an die Bundesrepublik, die das kaum vorstellbare Chaos einer sofortigen und unge Regelten Vereinigung zumindest teilweise abfедerte. Dieser Selbstveränderungsprozess der DDR zu einem demokratischen Land auf den letzten Metern sowie die Tatsache, dass diese Transformation friedlich vonstattenging, wird rückblickend bis heute zu wenig geachtet. Die angemessene Anerkennung und Betrachtung der Leistungen der demokratischen 10. Volkskammer, des Kabinetts de Maizière und der Bürger des untergegangenen Staates während des Prozesses der Einheit Deutschlands und die Würdigung dieses Umbruchs nach der Friedlichen Revolution sowie der beteiligten Akteure wären mehr als angebracht. Auch deshalb ist die Unzufriedenheit in den östlichen Bundesländern auch dreißig Jahre nach der Vereinigung so groß, was unter anderem an den schlechteren Lebensbedingungen liegt, wie der aktuelle Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit vom 7. Juli 2021 erst kürzlich wieder zeigte. Diese Ungleichheiten haben ihren Ursprung in der Zeit des Vollzugs der deutschen Einheit bzw. davor. Wenn es darum geht, diese Umstände zu überwinden, gilt das Motto Lothar de Maizières deshalb nach wie vor: Unterscheide zwischen Ost und West so schnell wie möglich, aber so gut wie nötig abzubauen.

5 Quellen- und Literaturverzeichnis

5.1 Quellenverzeichnis

Gedruckte Dokumente

Befehl Nr. 41/90 des Ministers für Abrüstung und Verteidigung über die Beendigung der Dienstverhältnisse der weiblichen Armeeangehörigen in der NVA vom 7. September 1990. In: Ehlert, Hans (Hrsg.): Armee ohne Zukunft. Das Ende der NVA und die deutsche Einheit. Zeitzeugenberichte und Dokumente. 2. Aufl., Berlin 2002, S. 483.

Dokument Nr. 55. Protokoll vom 24. September 1990 über die Herauslösung der Truppen der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik aus den Vereinigten Streitkräften der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages. In: Kaiser, Karl: Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte. Mit den wichtigen Dokumenten. Bergisch Gladbach 1991, S. 280-282.

Jaskułowski, Tytus (Hrsg.): Nachrichten aus einem Land das doch existiert. Lageberichte aus den Bezirken für die letzte DDR-Regierung 1990. Berlin 2010.

Dokument 10. Nachrichtenabteilung des Regierungssprechers. Einschätzung der Lage in den Bezirken am 7.05.1990. In: Jaskułowski, Tytus (Hrsg.): Nachrichten aus einem Land das doch existiert. Lageberichte aus den Bezirken für die letzte DDR-Regierung 1990. Berlin 2010, S. 104-108.

Dokument 16. Nachrichtenabteilung des Regierungssprechers. Einschätzung der Lage in den Bezirken vom 12. bis 18.06.1990. In: Jaskułowski, Tytus (Hrsg.): Nachrichten aus einem Land das doch existiert. Lageberichte aus den Bezirken für die letzte DDR-Regierung 1990. Berlin 2010, S. 153-160.

Dokument 17. Nachrichtenabteilung des Regierungssprechers. Einschätzung der Lage in den Bezirken vom 19. bis 25.06.1990. In: Jaskułowski, Tytus (Hrsg.): Nachrichten aus einem Land das doch existiert. Lageberichte aus den Bezirken für die letzte DDR-Regierung 1990. Berlin 2010, S. 160-167.

Dokument 20. Nachrichtenabteilung des Regierungssprechers. Einschätzung der Lage in den Bezirken vom 10.-16. Juli 1990. In: Jaskułowski, Tytus (Hrsg.):

Nachrichten aus einem Land das doch existiert. Lageberichte aus den Bezirken für die letzte DDR-Regierung 1990. Berlin 2010, S. 181-188.

Dokument 21. Nachrichtenabteilung des Regierungssprechers. Einschätzung der Lage in den Bezirken vom 16. bis 22. Juli 1990. In: Jaskułowski, Tytus (Hrsg.): Nachrichten aus einem Land das doch existiert. Lageberichte aus den Bezirken für die letzte DDR-Regierung 1990. Berlin 2010, S. 189-196.

Dokument 25. Nachrichtenabteilung des Regierungssprechers. Wochenbericht zur Lage in den Bezirken vom 13.8.-19.8.1990. In: Jaskułowski, Tytus (Hrsg.): Nachrichten aus einem Land das doch existiert. Lageberichte aus den Bezirken für die letzte DDR-Regierung 1990. Berlin 2010, S. 222-226.

Küsters, Hanns Jürgen/ Hofmann, Daniel (Hrsg.): Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. München 1998.

Dokument Nr. 244. Gespräch des Ministerialdirektors Teltschik mit Ministerpräsident de Maizière und Minister Reichenbach. Berlin (Ost), 16. April 1990. In: Küsters, Hanns Jürgen/ Hofmann, Daniel (Hrsg.): Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. München 1998, S. 1011-1012.

Dokument Nr. 345. Erste Verhandlungsrounde über den Vertrag zur Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag). Berlin, 6. Juli 1990. In: Küsters, Hanns Jürgen/ Hofmann, Daniel (Hrsg.): Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. München 1998, S. 1324-1328.

Münch, Ingo von: Die Verträge zur Einheit Deutschlands. München 1990.

Anlage II zum Einigungsvertrag. Besondere Bestimmungen für fortgeltendes Recht der Deutschen Demokratischen Republik. In: Münch, Ingo von: Die Verträge zur Einheit Deutschlands. München 1990, S. 485-565.

Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Durchführung und Auslegung des am 31. August 1990 in Berlin unterzeichneten Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – vom 18. September 1990.

In: Münch, Ingo von: Die Verträge zur Einheit Deutschlands. München 1990, S. 73-75.

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – vom 31. August 1990. In: Münch, Ingo von: Die Verträge zur Einheit Deutschlands. München 1990, S. 43-71.

Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Stuttgart 1991.

Beschluss der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. August 1990. In: Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Stuttgart 1991, S. 326.

Gemeinsame Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener Vermögensfragen vom 15. Juni 1990. In: Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Stuttgart 1991, S. 277-279.

Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 5. April 1990. In: Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Stuttgart 1991, S. 26.

Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. April 1990. In: Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Stuttgart 1991, S. 26.

Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 17. Juni 1990. In: Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Stuttgart 1991, S. 27-29.

Grundsätze der Koalitionsvereinbarung zwischen den Fraktionen der CDU, der DSU, dem DA, den Liberalen, DFP, BFD, FDP und der SPD vom 12. April 1990. In: Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Stuttgart 1991, S. 163-190.

Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik – Ländereinführungsgesetz – vom 22. Juli 1990. In: Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Stuttgart 1991, S. 315-323.

Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. Mai 1990. In: Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Stuttgart 1991, S. 213-276.

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik. In: Protokolle der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. 10. Wahlperiode (5. April bis 2. Oktober 1990). Bd. 1. Protokoll der 1. Sitzung bis 9. Sitzung. Berlin 2000, S. 41-51.

Internetressourcen des Bundesarchivs

Beschluss zu den Verordnungen über die Festsetzung von Nationalparks sowie von Naturschutzgebieten und Landschaftsschutzgebieten von zentraler Bedeutung als Biosphärenreservate und Naturparks vom 12. September 1990, S. 4. In: Ministerrat der DDR. Beschluss- und Sitzungsreihe. Sitzungen des Plenums des Ministerrates. 12. Regierung vom 12. April 1990 bis 2. Oktober 1990.

(http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/DC20-I-3-20614/mets/DC20I3_3063/index.htm?target=midosaFraContent&backlink=/DC20-I-3-20614/index.htm-kid-37b77cd5-7cf3-4667-9149-31cae3021a31&sign=DC%2020-I/3/3063#4. Zuletzt abgerufen: 10.06.2021).

Internetressourcen der Bundesstiftung Aufarbeitung

Befehl Nr. 49/90 des Ministers für Abrüstung und Verteidigung über die Auflösung der Grenztruppen der DDR vom 21. September 1990. (<https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/Privatarchiv-Ablass-Befehl49.pdf>. Zuletzt abgerufen: 20.04.2021).

Beschluss der Volkskammer zur Beendigung der Legislaturperiode der Bezirkstage. (https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/BArch_DO-5_153_VK-Beschluss.pdf. Zuletzt abgerufen: 20.04.2021).

Beschluss des Ministerrates über die Bildung neuer Ministerien und die Festlegung neuer Arbeitsbereiche. (https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/MR_Ministerien-und-Arbeitsbereiche_30-05-1990.pdf. Zuletzt abgerufen: 20.04.2021).

Erklärung des Ministerpräsidenten aus Anlass der Pressekonferenz 100 Tage Regierung de Maizière am 20. Juli 1990. (https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/BArch_DC-20_6086-pag.80-87.pdf. Zuletzt abgerufen: 30.05.2021).

Gesetz über die strukturelle Anpassung der Landwirtschaft an die soziale und ökologische Marktwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. (<https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/LwAnpG.pdf>. Zuletzt abgerufen: 20.04.2021).

Information über Umweltprobleme durch die Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR. (<https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/Umweltprobleme-SowjetTruppen.pdf>. Zuletzt abgerufen: 20.04.2021).

Pressemitteilung zu Personalveränderungen im Ministerium des Innern mit Stand vom 30. April 1990. (<https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/barch-do1-10532-pm.pdf>. Zuletzt abgerufen: 20.04.2021).

Schreiben vom 9. Mai 1990. (https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/BArch-DC_20_6150_01-06.pdf. Zuletzt abgerufen: 20.04.2021).

Schreiben vom 11. Juni 1990 an den Chef des Bundeskanzleramtes. (https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/BArch-DC_20_9260_019-020.pdf. Zuletzt abgerufen: 20.04.2021).

Zuarbeit zur Regierungserklärung MUNER. (<https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/MUNER-Regerkl.pdf>. Zuletzt abgerufen: 20.04.2021).

Zusammengefasste Information über die Tätigkeit der Regierung der DDR unter Ministerpräsident de Maizière. (<https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/regierungsbilanz.pdf>. Zuletzt abgerufen: 20.04.2021).

Ungedruckte Archivalien aus Privatarchiven

Der Ministerpräsident der DDR informiert. Beitritt und gesamtdeutsche Wahlen am 14. Oktober 1990. Aus dem Privatarchiv von Staatssekretär a.D. Werner E. Ablaß.

Vorsitzender des Ministerrates am 16. Juli 1990 zum Einigungsvertrag. Schwerpunkte für die Verhandlungen zum Einigungsvertrag. Aus dem Privatarchiv von Staatssekretär a.D. Werner E. Ablaß.

Memoiren und Erinnerungen von Zeitzeugen

Ablaß, Werner E.: Zapfenstreich. Von der NVA zur Bundeswehr. Düsseldorf 1992.

Albrecht, Ulrich: Die Abwicklung der DDR. Die "2+4-Verhandlungen". Ein Insiderbericht. Opladen 1992.

Bergmann-Pohl, Sabine: Abschied ohne Tränen. Rückblick auf das Jahr der Einheit. Berlin 1991.

Der Einigungsvertrag als Fundament für die Vollendung der Einheit. Podiumsdiskussion. In: Apelt, Andreas H. (Hrsg.): Von der Volkskammerwahl zur Deutschen Einheit. Voraussetzungen, Bedingungen, Verlauf. Berlin 2011, S. 87-116.

Eppelmann, Rainer: Fremd im eigenen Haus. Mein Leben im anderen Deutschland. Köln 1993.

Jacobs, Olaf (Hrsg.): Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch. Halle (Saale) 2018.

Kiessler, Richard E./ Elbe, Frank: Ein runder Tisch mit scharfen Ecken. Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit. Baden-Baden 1993.

Ludewig, Johannes: Unternehmen Wiedervereinigung. Von Planern, Machern, Visionären. 2. Auflage, Hamburg 2015.

Maizière, Lothar de: Anwalt der Einheit. Berlin 1996.

Maizière, Lothar de: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit. 2. Auflage, Freiburg 2010.

Meckel, Markus: Selbstbewußt in die Deutsche Einheit. Rückblicke und Reflexionen. Berlin 2001.

Meckel, Markus: Zu wandeln die Zeiten. Erinnerungen. Leipzig 2020.

Schäuble, Wolfgang: Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte. Stuttgart 1991.

5.2 Literaturverzeichnis

Monographien

Bierling, Stephan: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen. München 1999.

Dörr, Torsten: Die Nationale Volksarmee im Beitrittsprozess zur BRD. Eine Studie zur Demokratiekonformität und militärischen Effizienz der Armee der DDR. München 2009.

Grosser, Dieter: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln. Stuttgart 1998.

Holzapfel, Klaus-Jürgen: Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik 1990. Rheinbreitbach 1990.

Jäger, Wolfgang: Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90. Stuttgart 1998.

Kowalcuk, Ilko-Sascha: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde. München 2019.

Küstlers, Hanns Jürgen: Das Ringen um die deutsche Einheit. Die Regierung Helmut Kohl im Brennpunkt der Entscheidungen 1989/90. Freiburg im Breisgau 2009.

Lehmann, Ines: Die Außenpolitik der DDR 1989/1990. Eine dokumentierte Rekonstruktion. Baden-Baden 2010.

Neubert, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90. München 2008.

Plato, Alexander von: Die Vereinigung Deutschlands. Ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle. Berlin 2002.

Ritter, Gerhard A.: Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats. München 2006.

Ritter, Gerhard A.: Wir sind das Volk! Wir sind ein Volk! Geschichte der deutschen Einigung. München 2009.

Rödder, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung. München 2009.

Stuhler, Ed: Die letzten Monate der DDR. Die Regierung de Maizière und ihr Weg zur deutschen Einheit. Berlin 2010.

Sammelbandbeiträge

Bästlein, Klaus: Ein neues Deutschland. Die Herstellung der Einheit 1990. In: Bästlein, Klaus (Hrsg.): Die Einheit. Juristische Hintergründe und Probleme. Deutschland im Jahr 1990. Berlin 2011, S. 5-20.

Ehlert, Hans: Von der Wende zur Einheit. Ein sicherheitspolitischer Rückblick auf das letzte Jahr der Nationalen Volksarmee. In: Ehlert, Hans (Hrsg.): Armee ohne Zukunft. Das Ende der NVA und die deutsche Einheit. Zeitzeugenberichte und Dokumente. 2. Aufl., Berlin 2002, S. 1-73.

Jaskułowski, Tytus: Die innenpolitische, soziale und wirtschaftliche Lage Ostdeutschlands im Spiegel der Lageberichte für die letzte DDR-Regierung. Ein Überblick. In: Jaskułowski, Tytus (Hrsg.): Nachrichten aus einem Land das doch existiert. Lageberichte aus den Bezirken für die letzte DDR-Regierung 1990. Berlin 2010, S. 11-57.

Lindenberger, Thomas: Der lange Sommer einer kurzen Demokratie. Die DDR zwischen Wende und Vereinigung. In: Henke, Klaus-Dietmar (Hrsg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte. München 2009, S. 343-352.

Ritter, Gerhard A.: Die Kosten der Einheit. Eine Bilanz. In: Henke, Klaus-Dietmar (Hrsg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte. München 2009, S. 537-552.

Ritter, Gerhard A.: Die Volkskammerwahlen als Plebisit für die Deutsche Einheit. In: Apelt, Andreas H. (Hrsg.): Von der Volkskammerwahl zur Deutschen Einheit. Voraussetzungen, Bedingungen, Verlauf. Berlin 2011, S. 15-38.

Schönherr, Michael: Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. In: Jacobs, Olaf (Hrsg.): Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch. Halle (Saale) 2018, S. 12-22.

Seibel, Wolfgang: Die Herstellung der Wirtschafts- und Währungsunion und die Errichtung der Treuhandanstalt. In: Apelt, Andreas H./ Grünbaum, Robert (Hrsg.): Der Weg zur Deutschen Einheit. Mythen und Legenden. Berlin 2010, S. 71-84.

Steiner, André: Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion vom 1. Juli 1990. In: Henke, Klaus-Dietmar (Hrsg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte. München 2009, S. 441-455.

Wentker, Hermann: Die Außenpolitik der DDR im Prozess der deutschen Wiedervereinigung. In: Gehler, Michael/ Graf, Maximilian (Hrsg.): Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen. Göttingen 2017, S. 43-64.

Zeitschriftenaufsätze

Ritter, Gerhard A.: Die deutsche Wiedervereinigung. In: Historische Zeitschrift. Berlin 286 (2008), 2, S. 289-339.

6 Anhang

Der Ministerpräsident der DDR informiert. Beitritt und gesamtdeutsche Wahlen am 14. Oktober 1990. Aus dem Privatarchiv von Staatssekretär a.D. Werner E. Ablaß.

Der Ministerpräsident der DDR informiert

Ab. 3.8.

Berlin, 3. August 1990

Sperrfrist: 11.00 Uhr

Beitritt und gesamtdeutsche Wahlen am 14. Oktober 1990

Für die historisch so bedeutenden ersten gesamtdeutschen Wahlen schlage ich den 14. Oktober 1990 vor.

Es ist der Tag, an dem auch die Landtagswahlen vorgesehen sind.

Hierfür gibt es im wesentlichen vier Gründe:

1. Ich bin als Ministerpräsident angetreten mit dem Ziel, die Einheit so schnell wie möglich und so gut wie nötig herbeizuführen. Diesem Ziel dient meine ganze Arbeit. Es entspricht auch der Regierungserklärung und der Koalitionsvereinbarung.

Mit dem Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozial-Union wurde dieser Weg unumkehrbar. Mit dem 1. Juli 1990 eröffneten sich für alle Deutschen in der DDR zum ersten Mal seit 40 Jahren neue Perspektiven für wirtschaftlichen Aufbau und soziale Gerechtigkeit in einer lebenswerten Umwelt.

Nach den bisherigen Ergebnissen der Verhandlungen zum Einstiegsvertrag steht fest, daß wichtige Verhandlungsziele, die ich mehrfach beschrieben habe, durchgesetzt werden können.

Vorsitzender des Ministerrates am 16. Juli 1990 zum Einigungsvertrag. Schwerpunkte für die Verhandlungen zum Einigungsvertrag. Aus dem Privatarchiv von Staatssekretär a.D. Werner E. Ablaß.

Vorsitzender des Ministerrates am 16. 07. 1990
zum Einigungsvertrag

- nur ressortspezifisch verhandeln
- verhandeln über Dinge, die für Menschen in unserem Teil Deutschlands von Bedeutung
- alle grundgesetzrelevanten Dinge nur in Ressorts verhandeln
- nur anstreben, was durchsetzbar ist
- der Vertrag bedarf 2/3 Mehrheit
- § 146 des Grundgesetzes muß Bestand haben
- Hinweis: Zeitplanung unbedingt einhalten
20. und 27. 07. bis 16.00 Uhr durch Kurier
- strittige Fragen nach dem 06. 08. 1990 besprechen
- wichtiger Gedanke - nicht Parteien, sondern Regierung führt die Verhandlungen
- keine öffentlichen Äußerungen
- Ministerpräsident hat Richtlinienkompetenz für Deutschlandpolitik
- unbedingt im Text Fristen anbieten, 1, 2 oder 4 Jahre für die Übergangsregelung
- gegen Ende jeder Etappe eine Dissensliste erstellen
- bei Problemen an den Leiter des Arbeitsstabes Deutsche Einheit, Dr. Wolfram Lessig, R 3069, wenden
- Rechtsangleichung soweit wie möglich, ^{aber} nicht auf Kosten des sozialen Friedens
- was festgeschrieben wird, muß über 01. 01. 1991 gelten
- Vermögen: was ist Zentralvermögen, was geht in die Länder
- Entscheidung dazu erst zum Zeitpunkt des Beitritts
- nur beste Verhandlungsführer, nur paritätisch besetzte Kommissionen
- Kompetenz der 5 ostdeutschen Länder stärken

- **ständige Konferenz der 5 Ministerpräsidenten der Länder fordern**
- Übernahme ins Beamtenverhältnis, sollte durch die 5 Länder entschieden werden
- **Abschlüsse und Zeugnisse müssen anerkannt werden**
- Finanzprobleme der Ressorts an Finanzministerium und Arbeitsstab Deutsche Einheit melden

**Schwerpunkte
für die
Verhandlungen
zum
*Einigungsvertrag***